

# Tätigkeitsbericht

Staatskanzlei

—

2021



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

**Chancellerie d'Etat CHA**  
**Staatskanzlei SK**

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>1</b>	<b>Sekretariat des Staatsrats</b>	<b>6</b>
<b>1.1</b>	<b>Stabs- und Unterstützungsfunktionen</b>	<b>6</b>
1.1.1	Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats	6
1.1.2	Konferenz der Generalsekretäre (KGS)	6
1.1.3	Beziehungen zum Grossen Rat	6
1.1.4	Schweizerische Staatsschreiberkonferenz (SSK)	6
<b>1.2</b>	<b>Büro für Information Bfi</b>	<b>7</b>
1.2.1	Weiterbildung im Bereich der Information	7
1.2.2	Medienmitteilungen, -konferenzen und -orientierungen	7
1.2.3	Medienspiegel	7
1.2.4	Elektronische Kommunikation	7
1.2.5	Corporate Design	8
1.2.6	Kantonales Führungsorgan (KFO)	8
<b>1.3</b>	<b>Aussenbeziehungen</b>	<b>8</b>
1.3.1	Interkantonale Koordination und Zusammenarbeit	9
<b>1.4</b>	<b>Imageförderung des Kantons Freiburg</b>	<b>10</b>
<b>1.5</b>	<b>Sektor Übersetzung</b>	<b>10</b>
1.5.1	Übersetzung	11
1.5.2	Terminologie	11
1.5.3	Dienstleistungen für die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates	11
1.5.4	Coronakrise	11
<b>1.6</b>	<b>Sektor Amtliche Veröffentlichungen</b>	<b>11</b>
1.6.1	Veröffentlichungen	12
1.6.2	Politische Rechte - Volksabstimmungen und Gemeindewahlen	12
1.6.3	Einbürgerungsdokumente	12
<b>1.7</b>	<b>Sektor politische Rechte</b>	<b>12</b>
1.7.1	Vorgehen	13
1.7.2	Allgemeine Gemeindewahlen (7. und 28. März 2021)	13
1.7.3	Ergänzungswahl in den Ständerat (26. September 2021)	13
1.7.4	Aufgeschobene Gemeindewahlen (26. September 2021)	13
1.7.5	Kantonale Wahlen (7. und 28. November 2021)	14
1.7.6	Eidgenössische und kantonale Abstimmungen	14
1.7.7	Urnengänge in den Gemeinden	14

---

1.7.8	Ausübung der Volksrechte	14
<b>1.8</b>	<b>Sektor Informatikprojekte (SIP)</b>	<b>15</b>
<b>1.9</b>	<b>E-Government-Sekretariat</b>	<b>15</b>
1.9.1	Virtueller Schalter	15
1.9.2	Basisservices	16
1.9.3	Leistungen	16
1.9.4	Innovationen	17
1.9.5	Vernehmlassungen	17
1.9.6	E-Government-Kommission (EGovK)	17
1.9.7	Kantonale und interkantonale Zusammenarbeit	17
1.9.8	Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Bereich der Digitalisierung (Initiative DIGI-FR)	18
<b>1.10</b>	<b>Kantonales Bezugssystem</b>	<b>18</b>
1.10.1	Koordination mit zahlreichen Partnern und Behörden	18
1.10.2	Amtliche Personendaten	19
<b>2</b>	<b>Amt für Gesetzgebung (GeGA)</b>	<b>19</b>
<b>2.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>19</b>
2.1.1	Gesetzgeberische Arbeiten	19
2.1.2	Verbreitung der Gesetzgebung	20
2.1.3	Juristische Beratung und wissenschaftliche Aktivitäten	21
<b>2.2</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>22</b>
<b>3</b>	<b>Amt für Drucksachen und Material (DMA)</b>	<b>22</b>
<b>3.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>22</b>
<b>3.2</b>	<b>Sektor Einkauf</b>	<b>22</b>
<b>3.3</b>	<b>Intern ausgeführte Druckarbeiten und weiter vergebene Aufträge</b>	<b>23</b>
<b>3.4</b>	<b>Binde- und Digitalisierungsarbeiten</b>	<b>24</b>
<b>3.5</b>	<b>Bereitstellung von Büromaterial und Logistik</b>	<b>24</b>
<b>3.6</b>	<b>Kennzahlen 2020</b>	<b>25</b>
<b>4</b>	<b>Staatsarchiv Freiburg (StAF)</b>	<b>25</b>
<b>4.1</b>	<b>Organisation und gesetzliche Grundlagen</b>	<b>25</b>
<b>4.2</b>	<b>Gebäude und Ausrüstung</b>	<b>26</b>
<b>4.3</b>	<b>Tätigkeit und Dienstleistungen</b>	<b>26</b>
4.3.1	Informatik und neue Technologien	26
4.3.2	Beziehungen zu archivbildenden Stellen	26
4.3.3	Zunahme der Archivbestände und bei der Bibliothek	27
4.3.4	Klassifizierungs- und Inventarisierungsarbeiten	27
4.3.5	Konservierungs- und Restaurierungsmassnahmen	27

---

4.3.6	Dienstleistungen und Kommunikation	27
4.3.7	Wissenschaftliche Arbeiten und kulturelle Aktivitäten	27
<b>5</b>	<b>Kantonale Behörde für Öffentlichkeit, Datenschutz und Mediation (ÖDSMB)</b>	<b>28</b>
<b>5.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>28</b>
<b>6</b>	<b>Personalbestand</b>	<b>29</b>

---

---

Staatskanzlerin: Danielle Gagnaux-Morel  
Vizekanzlerin: Sophie Perrier  
Vizekanzler: Marc Valloton

# 1 Sekretariat des Staatsrats

---

## 1.1 Stabs- und Unterstützungsfunktionen

### 1.1.1 Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats

Die Staatskanzlei organisierte die Sitzungen und die Veranstaltungen des Staatsrats. Die Einzelheiten dieser Tätigkeit finden Sie in Kapitel 5 des Tätigkeitsberichts des Staatsrats.

### 1.1.2 Konferenz der Generalsekretäre (KGS)

Die Konferenz der Generalsekretäre unter dem Vorsitz der Staatskanzlerin hielt sechs Sitzungen ab. Neben dem wertvollen Austausch von Best Practices zwischen den Direktionen diskutierte und begutachtete sie mehrere Projekte, wie die Budgetverfahren, darunter das Informatikbudget, verschiedene Verordnungen, die Anpassung der Richtlinien für das Staatspersonal während der Zeit des Coronavirus, die neue Materialpolitik, die Erneuerung der Verwaltungskommissionen und die Lancierung des Regierungsprogramms 2022-2026.

### 1.1.3 Beziehungen zum Grossen Rat

Die Staatskanzlerin nahm an den Sitzungen des Büros des Grossen Rates teil, an denen die Traktandenlisten der Parlamentssessionen vorbereitet wurden.

### 1.1.4 Schweizerische Staatsschreiberkonferenz (SSK)

Als Generalsekretärin der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz (SSK) nahm die Staatskanzlerin an den vier Sitzungen des Vorstands der SSK teil, entweder per Videokonferenz (Januar, Juni und November) oder als Präsenzsitzung in Heiden (AR) im August 2021. Aufgrund der Gesundheitssituation musste die Frühjahrskonferenz der SSK per Videokonferenz abgehalten werden. Das Hauptthema war die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen während der Krise. Das Thema Covid-19, insbesondere die Evaluation zwischen Bund, KdK und Kantonen und ihre ersten Ergebnisse, wurde an der Herbstkonferenz der SSK aufgegriffen, die Anfang September an den üblichen zwei Tagen als Präsenzveranstaltung in Glarus stattfand. Die Staatskanzlerin war ebenso anwesend wie an den beiden lateinischen Staatsschreiberkonferenzen, die im Vorfeld per Videokonferenz oder in Lausanne abgehalten wurden.

Im Rahmen der Arbeitsgruppe E-Voting (EV) der SSK (für Kantone, die am E-Voting interessiert sind und in diesem Bereich aktiv sind) nahm die Staatskanzlerin an den Sitzungen der Arbeitsgruppe EV SSK und des von der Bundeskanzlei geleiteten Steuerungsausschusses EV teil. Diese Sitzungen fanden im März, Juni, August und November per Videokonferenz statt. Ein Vernehmlassungsverfahren zu den Entwürfen zur Änderung der Verordnung über die politischen Rechte (VPR) und der Verordnung der BK über die elektronische Stimmabgabe (VEleS) (Umstrukturierung der Testphase) wurde Ende April eingeleitet und Ende August abgeschlossen.

Die Staatskanzlerin vertritt die SSK im Vorstand der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK). Im Laufe des Jahres 2021 beschäftigte sich der Vorstand mit der Integration der SIK in die neue Digitale Verwaltung Schweiz (DVS). Die Staatskanzlerin nahm an den Vorstandssitzungen und den Delegiertenversammlungen im Juni und im November teil.

---

## 1.2 Büro für Information BfI

Das BfI unterstützt die Staatskanzlei bei der Informationstätigkeit über die Angelegenheiten des Staatsrats. Es stellt die allgemeine Koordination der Verwaltungstätigkeit auf dem Gebiet der Information der Öffentlichkeit sicher. Es unterstützt und berät die Direktionen und ihre Verwaltungseinheiten bei dieser Tätigkeit und sorgt für gute Beziehungen zu den Medien.

### 1.2.1 Weiterbildung im Bereich der Information

Das BfI hat seine Kontakte mit den Mitgliedern der kantonalen Verwaltung und mit den Journalistinnen und Journalisten fortgeführt und gepflegt. Die jährliche Kommunikationsausbildung für höhere Kader konnte durchgeführt werden, wurde jedoch aufgrund der Pandemie um den praktischen Teil am Nachmittag gekürzt. Aus demselben Grund musste das BfI darauf verzichten, gleich zu Beginn des Jahres Medienvertreterinnen und -vertreter zu einer Diskussionsrunde mit den Ansprechpersonen für Information der Direktionen einzuladen.

### 1.2.2 Medienmitteilungen, -konferenzen und -orientierungen

Etwa 310 Pressemitteilungen, davon 50 mit Bezug zu Covid-19, wurden an die Medien verschickt, und 67 Medienkonferenzen, an denen mindestens ein Mitglied des Staatsrats teilnahm, wurden abgehalten, zusätzlich zu Covid-19-Medienorientierungen. Im Bestreben, die Koordination der Kommunikation weiter zu verbessern, organisierte das BfI alle zwei Monate eine Sitzung mit der Konferenz der Ansprechpersonen für Information der Direktionen.

### 1.2.3 Medienspiegel

Das BfI hat auch im letzten Jahr täglich einen Medienspiegel mit den wichtigsten Artikeln, die in den audiovisuellen Medien, in der Presse und in den Onlinemedien erschienen sind, zusammengestellt, wie es das seit mehreren Jahren macht. Dieser Medienspiegel, der sich insbesondere an die höheren Kader des Staates richtet, wird im Intranet veröffentlicht und bietet einen schnellen Überblick über alle Themen, die jeden Tag in den Medien über den Staat Freiburg behandelt werden.

### 1.2.4 Elektronische Kommunikation

#### 1.2.4.1 fr.ch

Als Reaktion auf interne und externe Hinweise zur Suche wurde die Website auf die Google-Such-Appliance umgestellt, die leistungsfähiger ist und zu konsistenteren Ergebnissen führt. Gleichzeitig wird eine Politik der Seitenarchivierung geschaffen, und die Redaktorinnen und Redaktoren werden sensibilisiert, ihre Seiten zu sortieren, um zu vermeiden, dass sich auf der Website Inhalte befinden, die als veraltet gelten, und um die Suche nach Informationen und die Navigation zu erleichtern.

Die Startseite wurde neu gestaltet und bietet mehr Flexibilität für Informationen, Themen und Links, die dort platziert werden können. Eine Option ermöglicht es ausserdem, Warnmeldungen oder wichtige Informationen hinzuzufügen, die auf der Startseite und am oberen Rand der Website auf jeder Seite angezeigt werden (Beispiel: Abstimmungstag, Covid-Massnahmen, Überschwemmungen usw.).

Im Jahr 2021 besuchten täglich 11 000 Benutzerinnen und Benutzer die Website fr.ch mit 54 000 täglichen Seitenaufrufen im Jahresdurchschnitt gegenüber 9000 täglichen Benutzerinnen und Benutzern und 52 000 Seitenaufrufen im Jahr 2020. Auch der von einem Smartphone ausgehende Verkehr stieg weiter an, auf 48 %, gegenüber 43 % im Jahr 2020 und 29 % im Jahr 2019.

Das BfI managt Anfragen für interne und externe Verbesserungen und priorisiert diese nach genau definierten Kriterien (Dringlichkeit, technische Mittel, verfügbare Ressourcen). Es arbeitet, was die technischen Aspekte betrifft, eng mit dem ITA, und, was die Inhalte betrifft, mit den Informationsverantwortlichen der Direktionen zusammen.

---

#### 1.2.4.2 Kommunikationsmittel des Staates

Das BfI ist damit beauftragt, je nach den von den Informationsverantwortlichen der Direktionen geäusserten Bedürfnissen Kommunikationsmittel ausserhalb von fr.ch zu untersuchen, welche die Kommunikationsarbeit der verschiedenen Organe des Staates Freiburg auf fr.ch oder ausserhalb verbessern können. Ein neues Pilotwerkzeug für das Community Management wird mit Key Userinnen und Usern aus jeder Direktion getestet, um die Veröffentlichung, Überwachung und Analyse von Kampagnen in den sozialen Netzwerken des Staates zu erleichtern.

Ausserdem wurde das Tool Datawrapper vom BfI und vom ITA getestet und nach seiner Validierung in fr.ch integriert, um Grafiken zu veröffentlichen (insbesondere diejenigen des Amtes für Statistik StatA).

#### 1.2.4.3 Intranet

Die Sharepoint-Version, die derzeit für das staatliche Intranet verwendet wird, wird demnächst nicht mehr von Microsoft aktualisiert. Das BfI arbeitet eng mit dem ITA und den zentralen Diensten wie dem POA zusammen, um eine alternative Lösung zu finden, um bereits bestehende Probleme, wie z. B. den Zugang zum Intranet für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates, einschliesslich Lehrerinnen und Lehrern und anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die aus technischen und sicherheitstechnischen Gründen derzeit keinen Zugang haben, zu beheben.

#### 1.2.4.4 Social Media

Das BfI wirkt auch als «Community Manager» für die Social Media, auf denen der Staat präsent ist, nämlich Facebook, Twitter, LinkedIn, YouTube und neu Instagram.

Es wurde eine neue Strategie entwickelt, die sich an verschiedenen Punkten orientiert (Image des Staates, Zugang zu Leistungen, Teilen von Informationen und News, Nähe zur Bevölkerung). Angesichts der 2021 noch geltenden Gesundheitssituation konzentrierte sich die Kommunikation vor allem auf die Entwicklung der Covid-19-Situation und die ergriffenen Massnahmen. Das BfI arbeitet eng mit den Direktionen und ihren Ämtern zusammen, um die in den sozialen Netzwerken geteilten Inhalte zu erweitern und durch die gebotene Vielfalt eine grössere Anzahl von Menschen zu erreichen.

#### 1.2.4.5 Interne Kommunikation

Das BfI ist dafür verantwortlich, die Redakteurinnen und Redaktoren der Website fr.ch durch einen Newsletter über die jüngsten Neuigkeiten zu informieren. Es bietet ihnen durch Ratschläge, die auf verschiedenen Medien (Hilfe-Wiki, Schulungen, Videos) veröffentlicht werden, Unterstützung bei ihrer Arbeit. Das BfI ist auch Anlaufstelle für Probleme im Zusammenhang mit fr.ch. Nach der Einführung des neuen Ticketing-Tools des Kundendienstes im Jahr 2021 werden Überlegungen angestellt, um die Reaktionen auf Probleme zu verbessern und Berichte erstellen zu können, anhand derer entschieden werden kann, welche Entwicklungen auf fr.ch unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Redaktorinnen und Redaktoren gefördert werden sollen.

#### 1.2.5 Corporate Design

Das BfI achtet mit Unterstützung der Konferenz der Generalsekretäre täglich darauf, dass die Grafikcharta im Zusammenhang mit dem Corporate Design des Staates in allen Verwaltungseinheiten, welche dieses anwenden müssen, beachtet und richtig angewendet wird.

#### 1.2.6 Kantonales Führungsorgan (KFO)

Der Leiter des BfI, seine Stellvertreterin und andere Mitglieder des BfI haben sich regelmässig an der Kommunikationsarbeit des KFO in Zusammenhang mit der Pandemie beteiligt.

### 1.3 Aussenbeziehungen

Der Sektor Aussenbeziehungen bei der Staatskanzlei unterstützt den Staatsrat, damit eine Verbindung zwischen dem Kanton Freiburg und seiner Umgebung, namentlich den übrigen Kantonen, den Regierungskonferenzen (KdK und WRK), dem Bundesparlament, dem Bund und der Europäischen Union, gewährleistet ist. Die vom Sektor begleiteten Dossiers werden im Tätigkeitsbericht des Staatsrats im Kapitel «Aussenbeziehungen» vorgestellt. Im Folgenden werden nur einige besondere Tätigkeiten vorgestellt. Die Vorbereitung der Dossiers, die intra- und interkantonale

---

Koordination und das Mitverfolgen der eidgenössischen, interkantonalen und internationalen Geschäfte bilden die Haupttätigkeit des Sektors.

### 1.3.1 Interkantonale Koordination und Zusammenarbeit

#### 1.3.1.1 Arbeitstreffen

Der Staatsrat trifft sich mehrmals mit Mitgliedern anderer Regierungen zu Arbeitssitzungen. In diesem Jahr konnte aufgrund der Covid-19-Pandemie nur das Treffen mit dem Kanton Wallis Ende August aufrechterhalten werden. Die Aussenbeziehungen koordinieren diese Treffen.

#### 1.3.1.1.2 Interkantonale Konferenzen

Ein wichtiges interkantonales Gremium ist die Westschweizer Regierungskonferenz (WRK). Der Sektor Aussenbeziehungen pflegt das Netzwerk mit den anderen Delegierten für Aussenbeziehungen und bereitet die Vorstandssitzungen vor. Der wichtigste Punkt 2021 war die Bewältigung der Covid-19-Krise.

Die Arbeit der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) wurde von der Covid-19-Pandemie und einigen innenpolitischen Themen sowie der Europapolitik dominiert. Die KdK hat Erklärungen zuhanden des Bundesrats verabschiedet. Der Sektor Aussenbeziehungen hat die Plenarversammlungen vorbereitet, an denen der Volkswirtschaftsdirektor teilnahm.

#### 1.3.1.1.3 Interkantonale Zusammenarbeit

Der Sektor Aussenbeziehungen koordiniert die Durchführung des Projekts Hauptstadtregion Schweiz (HRS) beim Staat Freiburg. Die diesjährige Generalversammlung der HRS fand per Videokonferenz statt. Das Forum in Neuenburg hingegen fand im November 2021 normal statt. Es bot die Gelegenheit, die für 2020 geplante Feier zum zehnjährigen Bestehen der Hauptstadtregion Schweiz nachzuholen.

Da der HRS französisch- und deutschsprachige Kantone angehören, ist die Zweisprachigkeit ein wesentlicher Bestandteil ihrer Identität. So waren die Sprachtandems in den Verwaltungen ein Erfolg. 74 Personen aus dem HFR und dem Insepsital nehmen daran teil und 20 aus den Verwaltungen der Kantone Bern und Freiburg.

Der Cluster Food & Nutrition der HRS stellte sich auf dem Forum in Neuenburg vor. Die Kommunikation wurde intensiviert, was den Cluster bei den Mitgliedern sichtbarer macht. Mit HumanIST (künstliche Intelligenz) zeichnet sich ein weiteres interessantes Projekt für die HRS ab.

Die Begleitung der Umsetzung der Bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union und das ganze Dossier der europäischen Integration bilden ständige Aufgaben des Sektors Aussenbeziehungen. Generell stand das Jahr 2021 im Zeichen der Diskussionen um das institutionelle Rahmenabkommen. Der Bundesrat hat beschlossen, die Verhandlungen mit Brüssel abzubrechen. Der Kanton Freiburg will den bilateralen Weg fortsetzen, da die Regierung negative Folgen für die Wirtschaft und die Forschung befürchtet.

#### 1.3.1.1.4 Internationale Beziehungen

Die Region Grand Est ist eine französische Verwaltungsregion, die aus dem Zusammenschluss der ehemaligen Regionen Elsass, Champagne-Ardenne und Lothringen hervorgegangen ist. Sie zählt 5,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Zwischen dieser französischen Region und dem Kanton Freiburg gibt es ein Kooperationsabkommen in den Bereichen Innovation, Tourismus und Ausbildung, das 2014 ratifiziert wurde.

2021 besuchte eine Freiburger Delegation rund um den Volkswirtschaftsdirektor die Messe «Industries du futur» in Mulhouse. Dies war die Gelegenheit, eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit zu unterzeichnen. Die Themen der Zusammenarbeit umfassen die Bereiche Agrar- und Ernährungswirtschaft, Innovation, nachhaltige Entwicklung sowie Bildung und Kultur.

Eine weitere internationale Kooperation besteht mit der Versammlung der Regionen Europas (VRE). Die Aussenbeziehungen nahmen an der virtuellen Sitzung des Büros und an der Generalversammlung teil. Der endgültige Text, der sich mit dem Thema Nachhaltigkeit befasst, wurde angenommen. Er wurde von der «Sustainability Task

---

Force», in der auch Freiburg einen Sitz hat, vorbereitet. Es wurden zwei neue Task Forces eingerichtet, eine für den Arbeitsmarkt und eine für den Tourismus.

#### 1.4 Imageförderung des Kantons Freiburg

Der Verein Fribourgissima Image Freiburg, der am 5. Dezember 2013 auf Anregung des Staatsrats gegründet wurde, verfolgt zwei Hauptziele:

- > Er will finanzielle Mittel sammeln, um eine Kampagne zur Steigerung des Bekanntheitsgrades des Kantons Freiburg durchzuführen;
- > Er will «die Akteure» des Images des Kantons Freiburg zusammenbringen, um die Wirkung der von den einzelnen Akteuren in ihrem jeweiligen Tätigkeitsbereich umgesetzten Aktionen zu verstärken.

Der Anspruch des Vereins mit dem Slogan «**Freiburg macht glücklich**» und einem starken und unverkennbaren Logo ist es, Lust darauf zu machen, unseren Kanton kennenzulernen: hier zu studieren; hier zu leben; hier seine Ferien zu verbringen; hier sein Unternehmen anzusiedeln. Freiburg darf nicht mehr gleichgültig lassen.

Der Verein besteht aus 14 Partnerinnen und Partnern und ist eine öffentlich-private Partnerschaft, bei welcher der Staat die Hälfte der Finanzierung sicherstellt. Der organisatorische und logistische Betrieb von FIF wird von seinem Sekretariat sichergestellt, das von Sophie Desbiolles, Projektleiterin, betreut wird. Es kümmert sich um die Organisation von Arbeitssitzungen, die Koordination der Arbeit, die Umsetzung von Entscheidungen, die Verwaltung der sozialen Netzwerke sowie die Buchhaltung und die Haushaltsführung. Der Exekutivausschuss, der von der Staatskanzlerin, Danielle Gagnaux-Morel, präsiert wird, konkretisiert das Jahresprogramm, das von der Generalversammlung festgelegt wird, und setzt es um.

Die Mitglieder des Exekutivausschusses, die im Jahr 2021 an fünf Sitzungen hauptsächlich virtuell zusammenkamen, leisteten durch ihre aktive Präsenz, ihre Ideen und konstruktiven Überlegungen wertvolle Arbeit, um das Image des Kantons ausserhalb der Kantonsgrenzen zu fördern.

Im Jahr 2021 hat der Verein «Fribourgissima Image Freiburg» eine neue Kampagne gestartet, um die Wirtschaft des Kantons Freiburg aufzuwerten. Diese vorwiegend digitale Kommunikationsmassnahme lenkt die Aufmerksamkeit auf ihre wichtigsten Trümpfe: Unternehmen, die durch ihre Innovationskraft und die neuen industriellen Technologien, die sie einsetzen, das wirtschaftliche Profil der Region erneuern. Sie sind die Drachen der Freiburger Wirtschaft.

Trotz der besonderen gesundheitlichen Situation nahm Fribourgissima Image Freiburg an einigen schönen Projekten teil, deren Ziel es war, Freiburg in der restlichen Schweiz bekannt zu machen, wie zum Beispiel die Teilnahme an Explora, dem Tag der offenen Tür der Universität Freiburg. Ausserdem wurden über soziale Netzwerke und die Website [www.fribourg.ch/de/home](http://www.fribourg.ch/de/home) Informationen über Veranstaltungen, Events und Ausstellungen im ganzen Kanton verbreitet.

Schliesslich setzte der Verein mehr denn je seine Rolle als Vermittler zwischen seinen verschiedenen Partnern fort. Es ist insbesondere seinem Impuls zu verdanken, dass sich der Freiburger Hotelierverein und der Freiburger Tourismusverband zum ersten Mal gemeinsam hinter einer Kampagne zur Wiederbelebung des Tourismus «Zusammen - natürlich ECHT!» stellten. Diese Aktion war ein Erfolg, und der Verein Fribourgissima Image Freiburg freut sich, dass er die Synergien zwischen verschiedenen Akteuren des Kantonsimages verstärken konnte.

#### 1.5 Sektor Übersetzung

Der Sektor Übersetzung prüft die deutschen Fassungen der Erlassentwürfe und der amtlichen Texte, die von den Direktionen und weiteren Behörden vorgelegt werden, auf ihre inhaltliche und sprachliche Richtigkeit. Er fertigt ausserdem Übersetzungen für die Staatskanzlei, für das Sekretariat des Grossen Rates und wenn nötig für das Staatsratspräsidium und die Direktionen an und koordiniert Fragen im Zusammenhang mit der Übersetzung Französisch-Deutsch und Deutsch-Französisch in der Kantonsverwaltung.

---

### 1.5.1 Übersetzung

2021 übersetzten die Mitarbeiter des Sektors neben den üblichen Arten von Texten einige sehr umfangreiche Texte, wie die Tätigkeitsberichte der Bezirks- und Friedensgerichte des französischsprachigen Kantonsteils und denjenigen von Fribourgissima sowie den Bericht der PUK Fischzucht Estavayer-le-Lac und die Dokumente zur Revision des Grossratsgesetzes. Auch für das E-Government fertigte der Sektor zahlreiche Übersetzungen an. Da 2021 das letzte Jahr der Legislaturperiode war, übersetzte er auch die Legislaturbilanz des Staatsrats. Schliesslich übersetzte er einen Beitrag der Beauftragten für Öffentlichkeit und der kantonalen Mediatorin für eine Publikation zum Thema 10 Jahre InfoG. Daneben half er auch regelmässig den Direktionen aus, wenn deren Übersetzerinnen und Übersetzer abwesend oder überlastet waren. Insbesondere übersetzte er für die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion den Entwurf des Mobilitätsgesetzes und die dazugehörige Botschaft. Die Möglichkeit, Texte extern vom Deutschen ins Französische übersetzen zu lassen, wurde weiterhin rege genutzt: 36 Aufträge gegenüber 29 im Jahr 2020. Da unter den Texten auch einige sehr umfangreiche Dokumente waren, wurde der Kredit, der für diese Dienstleistung zur Verfügung steht, mehr als aufgebraucht.

### 1.5.2 Terminologie

Der Verantwortliche nahm die Titel der neuen Erlasse in die interne Terminologiedatenbank auf und leitete sie auch an die Bundeskanzlei weiter. Diese nahm sie in Termdat, die Terminologiedatenbank des Bundes, auf. Ein Mitarbeiter des Sektors hat die Erfassung der Terminologie der Informatik, des E-Government und von E-Health beendet. Die Einträge müssen nun noch von Experten geprüft werden. Der Sektor hat an den Arbeiten des Interkantonalen Organs für terminologische Zusammenarbeit im öffentlichen Bereich (CoTerm) aktiv mitgewirkt. 2021 fanden zwei Sitzungen des Organs statt: die erste online und die zweite vor Ort im Haus der Kantone in Bern. Die Terminologie des Staates Freiburg steht im Internet weiterhin unter der Adresse <http://friterm.fr.ch> zur Verfügung, und neue Einträge werden einmal im Monat hinzugefügt. Ende Jahr wurde eine neue Version der dazugehörigen Anwendung in einer Testumgebung installiert.

### 1.5.3 Dienstleistungen für die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates

Die Konferenz der Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates Freiburg, in der die Übersetzerinnen und Übersetzer der Kantonsverwaltung sowie des freiburger spitals und des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit vereint sind, hielt 2021 aufgrund der Pandemie keine Sitzung ab. Dieses Organ, das 2011 geschaffen wurde, wird vom Verantwortlichen des Sektors geleitet und behandelt Fragen der Übersetzung und der Terminologie beim Staat. Die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates Freiburg trafen sich fast vollzählig an der Jahreskonferenz der «Association suisse des traducteurs, terminologues et interprètes ASTTI». Sie war dem Thema gendergerechte Sprache gewidmet.

### 1.5.4 Coronakrise

Die Covid-19-Pandemie beschäftigte den Sektor Übersetzung auch 2021 mit Medienmitteilungen, Mitteilungen an die Gemeinden usw. Von Januar bis April leisteten die Übersetzerinnen und Übersetzer der Kantonsverwaltung an Abenden und Wochenenden sowie an Feiertagen Pikettdienst, so dass immer eine Übersetzerin oder ein Übersetzer für dringende Arbeiten zur Verfügung stand.

## 1.6 Sektor Amtliche Veröffentlichungen

Der Sektor Amtliche Veröffentlichungen stellt die formale und inhaltliche Kontrolle der französischen und der deutschen Fassungen der Erlassentwürfe sowie der amtlichen Texte der Direktionen des Staatsrats oder anderer Behörden sicher. Er besorgt die sprachliche Kontrolle der französischen Fassung, während der Sektor Übersetzung mit der Kontrolle der deutschen Fassung beauftragt ist. Er ist auch damit beauftragt, die Berichte des Staatsrats und die Botschaften zu den Gesetzes- und Dekretsentwürfen vor der Verteilung im Grossen Rat zu kontrollieren und allenfalls zu korrigieren.

Der Sektor sorgt dafür, dass die amtlichen Erlasse, die vom Grossen Rat, vom Staatsrat oder von weiteren Behörden verabschiedet wurden, jede Woche elektronisch in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF) veröffentlicht werden. Er fügt die entsprechenden zusätzlichen Daten in die veröffentlichten Erlasse ein und führt sie

---

nach: Ausübung der Volksrechte, Promulgierung, Inkrafttreten, eidgenössische Genehmigung. Gleichzeitig veröffentlicht er im Amtsblatt die Liste der in der SGF veröffentlichten Erlasse sowie die oben genannten zusätzlichen Daten. Darüber hinaus druckt er zu Aufbewahrungs- und Sicherheitszwecken vier Kopien der in der ASF veröffentlichten Erlasse aus.

Der Sektor hat ebenfalls die Aufgabe die Veröffentlichungen von Anzeigen und amtlichen Texten über Angelegenheiten der Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten, interkantonale und ausserkantonale Angelegenheiten im Amtsblatt (ABI) sicherzustellen. Dazu kommt, in Zusammenarbeit mit der Druckerei, die Verwaltung des Erfassungstools, das den Dienststellen des Staates für die Veröffentlichung ihrer Anzeigen zur Verfügung gestellt wird.

Um für einen guten Ablauf und eine wirksame Organisation der Zusammenarbeit des Sektors sowohl mit den Direktionen des Staatsrats, dem Sekretariat des Grossen Rates und weiteren Behörden als auch mit der Druckerei zu sorgen, erstellt er Terminpläne.

Ausserdem ist er für die Anwendung Telefonbuch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates verantwortlich und ist mit der Nachführung der Daten mehrerer Einheiten beauftragt.

Schliesslich liegt es in der Verantwortung des Sektors, die Daten des Staatskalenders des Staates Freiburg zu sammeln und anzupassen, damit diese elektronisch archiviert werden können.

Ende Juli 2021 wurden diese verschiedenen Aufgaben dem Amt für Gesetzgebung übertragen, nachdem die Verantwortliche für diesen Sektor in den Ruhestand gegangen war.

### 1.6.1 Veröffentlichungen

Im **Amtsblatt (ABI)** wurden veröffentlicht:

- > Grosser Rat: 4 Einbürgerungsdekrete (2020: 7);

### 1.6.2 Politische Rechte - Volksabstimmungen und Gemeindewahlen

Der Sektor hat die Einberufungsbeschlüsse und die Beschlüsse über die Ergebnisse zu den Resultaten für die im Laufe des Jahres abgehaltenen Volksabstimmungen, d. h. vier eidgenössische Abstimmungen (2020: 3) und 1 kantonale Abstimmung (2020: 2) verfasst und veröffentlicht.

Der Sektor hat in beiden Amtssprachen auch vorbereitet und im Amtsblatt veröffentlicht:

- > den Beschluss über die Einberufung der Stimmberechtigten für die Ersatzwahl in den Ständerat vom 26. September 2021;
- > den Beschluss zur Einberufung der Stimmberechtigten der Gemeinden, die sich auf den 1. Januar 2022 zusammenschliessen, auf 26. September 2021 zur aufgeschobenen vollständigen Erneuerung der Gemeinderäte und der Generalräte;
- > den Beschluss zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg auf Sonntag, den 7. November 2021, und Sonntag, 28. November 2021 (Wahl der Mitglieder des Grossen Rates, der Mitglieder des Staatsrates und der Oberamtspersonen).

### 1.6.3 Einbürgerungsdokumente

Aufgrund des Coronavirus und der daraus resultierenden gesundheitlichen Massnahmen wurde auf die traditionellen offiziellen Empfänge, bei denen neue Bürgerinnen und neue Bürger ihre Einbürgerungsurkunde erhalten, verzichtet. Diese wurde ihnen per Post zugestellt. Der Sektor, der für die Überprüfung der formalen und inhaltlichen Richtigkeit der Urkunden zuständig ist, kontrollierte und druckte 461 Einbürgerungsurkunden auf Registerpapier (2020: 476).

## 1.7 Sektor politische Rechte

Das Jahr 2021 hat die verschiedenen Akteure der politischen Rechte besonders gefordert. Neben den eidgenössischen Volksabstimmungen und den Ergänzungswahlen in den Gemeinden fanden am 7. und 28. März auch allgemeine Gemeindewahlen statt. Am 26. September fand neben der eidgenössischen Volksabstimmung eine Nachwahl in den Ständerat statt, um den Sitz, der nach dem Rücktritt von Christian Levrat frei geworden war, wieder zu besetzen. Am

---

7. und 28. November fanden die kantonalen Wahlen statt (Wahl des Staatsrats, der Oberamtämter und der Mitglieder des Grossen Rates).

### 1.7.1 Vorgehen

Verschiedene digitale Tools, die in den letzten Jahren entwickelt wurden, bestätigen ihre entscheidende Rolle für die Zuverlässigkeit und Unterstützung der Gemeinden und Oberämter bei ihren jeweiligen Aufgaben.

Das System zur Verwaltung von Wahlen und Abstimmungen (SyGEV), das seit 2015 von allen an den Urnengängen beteiligten Freiburger Akteuren genutzt wird, wurde angepasst und verbessert, um den Bedürfnissen der Gemeinden und Oberämter noch besser gerecht zu werden. Die systematische Durchführung von Tests vor dem Urnengang, mit denen die Leistung sowie die Konsistenz der Prozesse und der Resultate validiert werden können, hat sich seit 2020 bewährt. Diese Tests werden zusätzlich zu denjenigen durchgeführt, die bei der Freigabe neuer Versionen der Anwendung durchgeführt werden. Die ersten Arbeiten wurden mit dem Ziel durchgeführt, einen Teil der Tests mithilfe von Computertools zu automatisieren, um einen systematischen Ansatz für die zu testenden Punkte zu gewährleisten.

Die Website zur Veröffentlichung der Ergebnisse von Wahlen und Abstimmungen ist mit SyGEV gekoppelt. Seit der Inbetriebnahme im Jahr 2015 haben sich die Gewohnheiten der Benutzerinnen und Benutzer verändert. Sie rufen die Resultate mehrheitlich über Mobiltelefone ab. Die bestehende Publikationsseite ist in erster Linie für Computer und nicht für kleine Bildschirme geeignet und enthält sehr viele Dateien (pdf, xlsx, csv), die man sich ansehen kann. Um den Bedürfnissen der verschiedenen Zielgruppen gerecht zu werden und auf der Grundlage einer Studie über die Interessen der verschiedenen Benutzerinnen und Benutzer wurde eine zweite Publikationsseite entwickelt. Es handelt sich um eine Seite, die in die Website des Staates Freiburg integriert ist ([www.fr.ch/de/sk/ergebnisse](http://www.fr.ch/de/sk/ergebnisse)). Die Inbetriebnahme der neuen Website wurde sehr positiv aufgenommen.

Nachdem der Bundesrat Ende Dezember 2020 angekündigt hatte, die Umstrukturierung der Versuchsphase für E-Voting einzuleiten, kündigten die Kantone Freiburg, St. Gallen und Thurgau ihr Interesse an, die Versuche im Jahr 2022 wieder aufzunehmen. Im Laufe des Jahres teilte der Staatsrat angesichts der zunehmenden Komplexität des Projekts in technischer und administrativer Hinsicht sowie aufgrund der Zunahme der personellen und finanziellen Ressourcen jedoch am 15. Oktober mit, dass er vorerst auf die Wiedereinführung des E-Votings verzichten werde.

Das kantonale Wahlregister (KWR) wurde anlässlich der Wahlen vom 13. Juni 2021 zum ersten Mal mit einer ersten Pilotgemeinde in Betrieb genommen. Ab dem Urnengang vom 26. September 2021 nahmen zwei Pilotgemeinden mit grosser Zufriedenheit das KWR zu Hilfe. Ziel dieser Anwendung ist es, die Qualität der Informationen zu verbessern und die Prozesse im Zusammenhang mit der Ausstellung von Stimmrechtsausweisen zu vereinfachen. Sie ist mit verschiedenen Hilfsmitteln ausgestattet, um das Fehlerrisiko zu verringern.

Die genauen Ergebnisse der Abstimmungen und Wahlen können auf dem Internet unter folgender Adresse eingesehen werden: <http://sygev.fr.ch/resultats>.

### 1.7.2 Allgemeine Gemeindewahlen (7. und 28. März 2021)

122 Gemeinden nahmen an den allgemeinen Gemeindewahlen am 7. und 28. März 2021 teil. In einigen Gemeinden wurden die Wahlen nach den Wahlkreisen abgehalten, die vor ihrer Fusion gültig waren.

### 1.7.3 Ergänzungswahl in den Ständerat (26. September 2021)

Nach dem Rücktritt von Christian Levrat von seinem Amt als Mitglied des Ständerats hat der Staatsrat am 26. September eine Ersatzwahl durchgeführt. Bei dieser Wahl in einem Wahlgang traten eine Kandidatin und ein Kandidat an.

### 1.7.4 Aufgeschobene Gemeindewahlen (26. September 2021)

3 Gemeinden, die sich auf den Januar 2022 zusammenschliessen, nahmen an den aufgeschobenen allgemeinen Gemeindewahlen vom 26. September 2021 teil (Murten/Morat, Galmiz und Gempnach). Diese Wahlen fanden in einem einzigen Wahlgang statt.

### 1.7.5 Kantonale Wahlen (7. und 28. November 2021)

Die Bürgerinnen und Bürger waren aufgerufen, die kantonalen Behörden zu erneuern: die sieben Mitglieder des Staatsrats (ein Wahlkreis), die sieben Oberamtspersonen und die 110 Mitglieder des Grossen Rates (acht Wahlkreise).

### 1.7.6 Eidgenössische und kantonale Abstimmungen

Im Jahr 2021 fanden vier eidgenössische Volksabstimmungen und eine kantonale Volksabstimmung statt.

Am 7. März 2021 haben die Bürgerinnen und Bürger über drei eidgenössische Vorlagen abgestimmt:

- > Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»;
- > Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (BGEID, E-ID-Gesetz);
- > Bundesbeschluss über die Genehmigung des Umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien.

Am 13. Juni 2021 haben die Bürgerinnen und Bürger über fünf eidgenössische Vorlagen abgestimmt:

- > Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»;
- > Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»;
- > Covid-19-Gesetz;
- > Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO<sub>2</sub>-Gesetz);
- > Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT).

Während desselben Urnengangs wurde eine kantonale Vorlage zur Abstimmung unterbreitet:

- > Dekret über die Erhöhung der Beteiligung des Staates Freiburg am Aktienkapital der Gesellschaft blueFACTORY Fribourg-Freiburg SA.

Am 26. September 2021 haben die Bürgerinnen und Bürger über zwei eidgenössische Vorlagen abgestimmt:

- > Volksinitiative vom 2. April 2019 «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»;
- > Änderung vom 18. Dezember 2020 des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Ehe für alle).

Am 28. November 2021 wurde auf Bundesebene über die folgenden drei Vorlagen abgestimmt:

- > Volksinitiative vom 7. November 2017 «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)»;
- > Volksinitiative vom 26. August 2019 «Bestimmung der Bundesrichterninnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)»;
- > Änderung vom 19. März 2021 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie.

### 1.7.7 Urnengänge in den Gemeinden

Zahlreiche Ergänzungswahlen in die Gemeindeexekutiven fanden 2021 statt, obwohl die allgemeinen Kommunalwahlen im März 2021 abgehalten wurden. Es wurden auch Wahlen zur Ergänzung der Generalräte durchgeführt.

Im Berichtsjahr fanden auch verschiedene Gemeindeabstimmungen statt.

### 1.7.8 Ausübung der Volksrechte

Im Jahr 2021 wurden bei der Staatskanzlei zwei kantonale Volksinitiativen eingereicht:

- > Volksinitiative für «bürgernahe öffentliche Notfallstationen, die rund um die Uhr geöffnet sind»: Das Begehren wurde am 26. Februar 2021 eingereicht. Am 11. Juni 2021 wurden der Staatskanzlei 12 000 Unterschriften übergeben;
- > Volksinitiative für «bezahlbare Prämien»: Das Initiativbegehren wurde am 16. Februar 2021 eingereicht. Das Initiativkomitee reichte die Listen mit 7173 Unterschriften innerhalb der festgesetzten Frist bei der Staatskanzlei zur Validierung durch die Gemeinden ein.

---

Ein parlamentarisches Finanzreferendum gegen das Dekret über die Erhöhung der Beteiligung des Staates Freiburg am Aktienkapital der Gesellschaft blueFACTORY Fribourg-Freiburg SA wurde am 3. März 2021 mit den Unterschriften von 28 Grossrätinnen und Grossräten bei der Staatskanzlei eingereicht.

Bei der Staatskanzlei wurden im Berichtsjahr sieben Petitionen eingereicht:

- > 29. Januar 2021: Petition «Nein zur Änderung der Autobahnausfahrt Matran und zur Verbindungsstrasse zwischen Marly und Matran» (1001 Unterschriften);
- > 26. März 2021: Petition betreffend die Revision des Gesetzes über das Staatspersonal des Kantons Freiburg «Nein zu erleichterten Entlassungen – Für echte Verbesserungen» (1076 Unterschriften);
- > 3. Mai 2021: Petition « Ein Gebäude für die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg auf dem Gebiet des Tour Henri – für einen raschen Beginn der Bauarbeiten» (2143 Unterschriften);
- > 4. Mai 2021: Petition «Covid-19 – Eine Prämie und Ferientage, um den Pflegefachleuten und Betreuenden zu danken» (1210 Unterschriften);
- > 11. Juni 2021: Petition für ein Konzept für eine nachhaltige und angemessene sanfte Mobilität im Rahmen des KNP Agrico St-Aubin (1173 Unterschriften);
- > 25. August 2021: Petition «Klimarisiken: Kantone müssen die SNB in die Pflicht nehmen» (75 Unterschriften);
- > 4. Oktober 2021: Petition für ein «Manifest für die Würde im Kanton Freiburg» (4251 Unterschriften).

## 1.8 Sektor Informatikprojekte (SIP)

Eine Erweiterung der Anwendung Axioma mit der Bezeichnung CliMo (Client mobile - CMI Sitzungen) wurde in Betrieb genommen. Mit ihr können die Sitzungen des Staatsrats sicher online verwaltet werden. Neben der Abfrage der verschiedenen Traktanden erlaubt sie auch die Änderung von Sitzungsdokumenten, das Erstellen von Notizen und die Weitergabe dieser Elemente an die Mitglieder des Staatsrats, der Staatskanzlei und ihre engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der SIP stellt den Support für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates für folgende Anwendungen sicher: Axioma, GesCom und ATE/ATI. In seiner Rolle als «Super-User» berät und unterstützt er alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ämter und Sektoren der Staatskanzlei im Bereich der Anwendungen Teams und Microsoft 365.

## 1.9 E-Government-Sekretariat

Die Aufgabe, die der Staatsrat in der E-Government-Strategie vom Dezember 2014 dem E-Government-Sekretariat übertrug, besteht darin, den Zugang zu den staatlichen Leistungen zu modernisieren und die Investitionen beim Staat gemeinsam zu nutzen. Mit dieser Strategie wird der Tatsache, dass die Bevölkerung und die Wirtschaft ihre wichtigen Geschäfte mit den Behörden dank den Informations- und Kommunikationstechnologien auf elektronischem Weg erledigen können muss, konkret Rechnung getragen.

### 1.9.1 Virtueller Schalter

Im Berichtsjahr wurde die Version 6.0 des virtuellen Schalters, die Verbesserungen bei der Barrierefreiheit und neu die Registrierung von juristischen Personen und Institutionen umfasst, Ende des Jahres in Produktion genommen. Die Überprüfung der Benutzererfahrung (User Experience) mit dem Ziel, die Entwicklung von Leistungen zu industrialisieren, war ebenfalls ein wichtiger Bestandteil des Jahres 2021 und führte zur Einrichtung eines Digital Styleguide. Es handelt sich gewissermassen um einen Leitfaden, der beispielsweise die standardisierten Schritte zur Erstellung einer Leistung, die Komponenten und deren Funktion und Interaktion sowie Beispiele zusammenfasst, die es langfristig ermöglichen, die Zahl der Leistungserbringer der interkantonalen Lösung iGovPortal zu erhöhen. Die Funktionalität zur Verwaltung von Einwilligungen wurde ebenfalls konzeptualisiert und wird im Laufe des Jahres 2022 implementiert. Auf der technischen Ebene verläuft die Umstellung auf die Microservice-Architektur nach Plan. Mit der Version 6 begannen auch die Arbeiten an der Integration des elektronischen Identifikationsmittels für den Kanton Freiburg. Mit dem Beginn der Zusammenarbeit zwischen Staat und Gemeinden im Rahmen des Projekts DIGI-FR werden auch einige Änderungen entwickelt, um die Benutzererfahrung sowohl für die Gemeinden als auch für die Leistungen des Staates geeignet zu machen.

---

## 1.9.2 Basisservices

Die Basisservices bilden die nötigen Grundlagen für die digitalen Leistungen. Mit diesen Basisservices kann die digitale Verwaltung gemeinsam entwickelt werden. 2021 konnten Funktionalitäten der folgenden Basisservices geschaffen oder entwickelt werden:

- > frID: Es ist wichtig festzustellen, dass sich die Strategie der Einfachheit beim Anlegen von Konten gelohnt hat. In zwei Jahren haben mehr als 90 000 Benutzerinnen und Benutzer von den Leistungen des virtuellen Schalters profitiert.
- > ePay: Hier erfolgte eine Weiterentwicklung des Services, um die Integration von Zahlungen für kommunale Leistungen zu ermöglichen, die auch erfolgreich getestet wurde;
- > eCase: Der grundlegende generische Basisservice Case Management ist darauf ausgelegt, eine kleine Zahl von Transaktionen einer Leistung schnell und standardisiert zu digitalisieren. Dies ermöglicht es, Leistungen wie die Akkreditierung von Journalisten, die Bestellung eines Familienwappens oder die Auswahl eines Sparplans (bei der PK des Staatspersonals) kostengünstig und innerhalb kurzer Zeit durchzuführen;
- > ePub: Mit diesem einfachen Service können Gemeinden rasch digitale Leistungen einrichten. So ist es für jede Gemeinde möglich, ab 2022 und im Anschluss an die Pilotphasen Leistungen einzurichten und Anfragen direkt im Veröffentlichungstool zu bearbeiten. Dieser Basisservice ermöglicht es, das aus der Anfrage hervorgegangene Dokument zurückzusenden und automatisch einen QR-Code zur Authentifizierung hinzuzufügen;
- > eInt: Dieser Service ermöglicht eine durchgehende Digitalisierung zwischen der kommunalen Verwaltungsanwendung und dem virtuellen Schalter. Da einige Städte und Gemeinden den Reifegrad bei der Digitalisierung bereits erreicht haben, ist er eine Ergänzung zum ePub-Basisservice.

## 1.9.3 Leistungen

Auf der Ebene der realisierten Leistungen umfassen sie Weiterentwicklungen bestehender Leistungen. Während der aktuellen Gesundheitskrise konnten wir feststellen, dass die digitalen Leistungen eher gewählt wurden, da die meisten Menschen zumindest während bestimmter Schlüsselperioden zu Hause bleiben mussten. Auch die Zahl der Benutzerinnen und Benutzer ist stark angestiegen und liegt derzeit bei über 90 000 aktiven Personen. Dieses Jahr ermöglichte es dem Bereich Betreibungen, die Leistungen für das Betreibungsbegehren und die Betreibungsverwaltung in Produktion zu nehmen. Die Informationen der Verwaltung der Staatsreben sind, wie die Gehaltsabrechnungen und Lohnausweise oder die internen Informationen des Staates, Leistungen, mit denen wir unseren ökologischen Fussabdruck reduzieren und die es den jeweiligen Ämtern ermöglichen, wertvolle Zeit einzusparen. Durch die Leistung Bezug von Familienwappen wird es möglich sein, dieses Dokument in digitaler Form zu erhalten und die elektronische Akkreditierung von Journalistinnen und Journalisten wird eine 100 % digitale und wesentlich effizientere Beantragung ermöglichen. Auf der Ebene der Leistungen im Bildungsbereich konnte der entsprechenden Direktion erfolgreich ein Proof of Concept unterbreitet werden. Da die Digitalisierungsarbeiten noch nicht abgeschlossen sind, wurde die Integration der Leistungen in den virtuellen Schalter von der zuständigen Direktion um mindestens zwei Jahre verschoben.

Auf der Ebene der Gemeinden hat die Integration der Leistung eUmszug im virtuellen Schalter die Teams in diesem Jahr sehr beschäftigt. Tatsächlich hat der Kanton Freiburg als Vorreiter für die Aspekte des Datenschutzes und der aufgeklärten Einwilligung fungiert, die in die nationale Lösung integriert wurden. Im Anschluss an diese Arbeiten konnten die Pilotgemeinden im Oktober 2021 die ersten Tests durchführen, und die ersten Pilotgemeinden sind seit dem 1. Dezember in Produktion. Erste Tests wurden durch die Pilotgemeinden auch mit der Bereitstellung von Wohnsitzbescheinigungen durchgeführt und haben nicht-technische Harmonisierungspotenziale aufgezeigt.

Auf der Ebene der Initiative DIGI-FR wurde die von der Gruppe Leistungen vorgelegte Roadmap für die kommunalen Leistungen 2021-2026 im November der EGovK vorgelegt und vom Steuerungsausschuss und anschliessend vom strategischen Ausschuss von DIGI-FR genehmigt.

---

Einige Leistungen – wie etwa die des ASS oder des Grundbuchamts – wurden verschoben, bis die API's der Fachanwendungen zur Verfügung stehen. Der Bereich Digitalisierung ist von entscheidender Bedeutung für die Bereitstellung von Leistungen im virtuellen Schalter. Die in den letzten Jahren entwickelten Basisservices werden es ermöglichen, ihre Bereitstellung zu dynamisieren.

#### 1.9.4 Innovationen

Im Jahr 2021 wurde eine Lösung zur Unterstützung der digitalen Leistungen für alle 128 Gemeinden des Kantons eingeführt. Diese Lösung, die derzeit mit den Pilotgemeinden der Leistung eUmzug und Wohnsitzbescheinigung in Produktion ist, bewährt sich. Sie wurde so konzipiert, dass sie auch im Rahmen der Digitalisierung, d. h. dem Management der IT-Umgebung der Gemeinden, eingesetzt werden kann.

#### 1.9.5 Vernehmlassungen

Im Zuge der starken Digitalisierung des Staates durch das Programm Verwaltung 4.0 des Staatsrates und aufgrund der Schritte des Bundes nach der Verabschiedung der neuen E-Government-Strategie, der Bildung der Organisation Digitale Verwaltung Schweiz, hat das E-Government-Sekretariat insbesondere über die Konferenz der Kantonsregierungen an zahlreichen Vernehmlassungen teilgenommen, nämlich:

- > Digitale Verwaltung Schweiz: Projekt zur Optimierung der Steuerung und Koordination beim Bund;
- > E-ID-Gesetz;
- > Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBaG);
- > E-Government-Gesetz;
- > Verordnung über die Digitalisierung;
- > Gesetz über die Veröffentlichung der Erlasse.

#### 1.9.6 E-Government-Kommission (EGovK)

Die EGovK hielt 2021 fünf Sitzungen ab. Sie bestätigte die gewählten Ausrichtungen bei der Technologie im Rahmen des virtuellen Schalters und das Budget zuhanden der Informatikkommission des Staats.

Die Kommission lobte die enorme Arbeit, die geleistet wurde, sowie die interkantonale Zusammenarbeit im Verein iGovPortal.ch, die Früchte trägt.

Sie nahm Kenntnis von Berichten zu den Projekten von EDU und des Handelsregisters, die aufgrund von fehlender Verfügbarkeit der Ressourcen der Ämter auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurden. Sie hat mit dem Prüfen der Leistungen für das Jahr 2023 begonnen.

Im Rahmen der kantonalen und interkantonalen Zusammenarbeit nahm sie die konkreten Fortschritte des Projekts DIGI-FR zur Kenntnis, insbesondere die Roadmap der Gemeindeleistungen und die Unterzeichnung des Rahmenabkommens mit dem Freiburger Gemeindeverband, das es ermöglicht, die Schritte hin zur digitalen Verwaltung mit den Gemeinden zu koordinieren.

#### 1.9.7 Kantonale und interkantonale Zusammenarbeit

Das E-Government-Sekretariat hat gemeinsam mit der Informatikplanungseinheit des Bundes und der Bundeskanzlei die zukünftige Architektur für die Zusammenarbeit zwischen allen föderalen Ebenen definiert. Es wurde auch gebeten, den virtuellen Schalter und seine Basisdienste als Beispiel für nationale Überlegungen zu E-Government-Portalen zu präsentieren. In dieser Funktion hat es an allen Workshops teilgenommen, die zur Erstellung der Agenda für die neue Digitale Verwaltung Schweiz geführt haben.

Im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit, namentlich im Verein iGovPortal.ch, konnte das E-Government-Sekretariat in Zusammenarbeit mit den Mitgliedskantonen an verschiedenen Treffen auf nationaler Ebene neue Kantone für die Lösung für den virtuellen Schalter des Kantons Freiburg und für die Synergien, die der Verein bei der Entwicklung von Leistungen schafft, interessieren. Die entsprechenden Kantone dürften im Laufe des Jahres 2022 offiziell dem Verein beitreten.

---

### 1.9.8 Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Bereich der Digitalisierung (Initiative DIGI-FR)

Auf kantonaler Ebene machte die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Gemeinden über den Freiburger Gemeindeverband zufriedenstellende Fortschritte. Die Initiative DIGI-FR wurde den Freiburger Gemeinden Anfang Jahr im Rahmen eines Webinars vorgestellt. Die Mehrheit der Gemeinden war von der Vorgehensweise sehr überzeugt oder überzeugt, sodass die Arbeiten zur Bereitstellung des virtuellen Schalters und seiner Basisservices für die Freiburger Gemeinden fortgesetzt werden konnten. Anschliessend wurde eine Vereinbarung zwischen dem Staat Freiburg und dem FGV unterzeichnet und am 7. Juli vorgestellt. Diese Vereinbarung legt den Rahmen für die Zusammenarbeit und die Finanzierung zwischen den Gemeinden und dem Staat fest. Die Gruppe Leistungen erstellte eine Roadmap und lancierte erste Umsetzungen der Leistungen eUmzug und Wohnsitzbescheinigung. Die Basisservices wie z. B. das Veröffentlichungswerkzeug ePub, mit dem eine Gemeinde digitale Leistungen einrichten kann, ohne etwas bei sich installieren zu müssen, oder der Service eInt, mit dem die Integration kommunaler ERP-Anwendungen in den virtuellen Schalter ermöglicht wird, um eine medienbruchfreie Digitalisierung zu erreichen, wurden den Anbietern von Gemeindesoftware vorgestellt und stiessen auf grossen Zuspruch. Eine Supportplattform zur Unterstützung der 128 Gemeinden des Kantons und zur Koordinierung der Informationen und Hilfsaktivitäten für die Bevölkerung wurde ebenfalls eingerichtet und bewährt sich im Zusammenhang mit den ersten Leistungen. Der Staatsrat gewährte den Gemeinden eine finanzielle Unterstützung, damit sie die Umsetzung digitaler Leistungen im Jahr 2022 weiterführen können, bis vom FGV eine Finanzierungsinfrastruktur eingerichtet wird.

### 1.10 Kantonales Bezugssystem

Die Staatskanzlei wirkt weiterhin aktiv an den Arbeiten mit, welche die Umsetzung der digitalen Transformation des Staates und der Verwaltung ermöglichen (Rahmenbedingungen). In ihrer Rolle als Koordinatorin bestimmter Fachbereiche befasst sie sich unter einem übergreifenden Blickwinkel mit den von allen Partnerverwaltungseinheiten geäusserten Bedürfnissen im Bereich der Verwaltung von Referenzdaten und bestimmten Anforderungen an die Funktionalitäten der zugehörigen technischen Infrastrukturen. Im Bereich des digitalen Datenaustauschs nehmen die Auswirkungen der auf Bundesebene stattfindenden Entwicklungen zu und werden ebenfalls verfolgt.

Die für nötigen Basisdaten für jede Verwaltung werden systematisch verarbeitet. Die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit der systematischen Wiederverwendung der beim Staat verfügbaren qualifizierten Daten («Once only principle») werden berücksichtigt und im Rahmen der Anbindung des virtuellen Schalters an das kantonale Bezugssystem konkret umgesetzt. Die Staatskanzlei behandelt mit verschiedenen Behörden die Entwicklung der gesetzlichen Grundlagen, verfolgt die reglementarische Überwachung sowie die Fragen der Konformität in Zusammenarbeit mit der ÖDSB und den in der Organisation vorgesehenen Partnern weiter. Allgemeine Informationen über das Programm finden Sie unter: <https://www.fr.ch/de/alltag/vorgehen-und-dokumente/kantonales-bezugssystem>. Der Staatsrat bestätigte die Fortsetzung der Umsetzung im Hinblick auf die Inbetriebnahme.

#### 1.10.1 Koordination mit zahlreichen Partnern und Behörden

Seit diesem Jahr wird der digitale Berater des Freiburger Gemeindeverbands (FGV) regelmässig über Beobachtungen im Zusammenhang mit der Datenverwaltung im Rahmen der initiierten Zusammenarbeit (DIGI-FR-Initiative) auf dem Laufenden gehalten. Sechs Pilotgemeinden wurden ebenfalls in die Überlegungen und Prozesse zur Sicherstellung der Datenqualität einbezogen. Ihre Vorsteher der Einwohnerkontrollen werden künftig an Tests und Verbesserungsanträgen für das System beteiligt.

Die Finanzdirektion (FIND) und ihre am Programm beteiligten untergeordneten Verwaltungseinheiten tragen in enger Zusammenarbeit mit dem Projektteam des ITA und dessen Sektor Digital zu den Anforderungen bei. Die Finanzverwaltung (FinV) und die Kantonale Steuerverwaltung (KSTV) sind direkt involviert. Es werden Studien zur Angleichung ihrer Register durchgeführt. Nach der Produktionsfreigabe des Bezugssystems der Nomenklaturen infolge der Anpassungen des [E-Government-Gesetzes \(EGovG\)](#), die 2021 in Kraft traten, haben diese Schritte es dem ITA ermöglicht, eine zweite Plattform zu entwickeln. Diese enthält die Daten natürlicher Personen und die erwarteten Mechanismen, um die Verwaltung der Personendaten zu gewährleisten. Im ITA wurden Datenladungen aus FriPers mit ausführlichen Qualitätskontrollen initialisiert. Trotz der Covid-spezifischen Einschränkungen wurden die ersten

---

fachbereichsspezifischen Tests (Organe und Benutzerinnen und Benutzer, die nach bestimmten Rollen autorisiert sind) für die wesentlichen Funktionen durchgeführt. Das Projektteam brachte mit der bestmöglichen Agilität die erwarteten Korrekturen ein. Die Verwaltung von Genehmigungen und Sicherheitsauflagen spielten in diesem Jahr eine grosse Rolle.

Die Volkswirtschaftsdirektion (VWD), insbesondere ihr Amt für Statistik (StatA), setzte ihr starkes Engagement fort. Letzteres hat seine Arbeiten im Zusammenhang mit der eindeutigen Personenidentifikation auf Verwaltungseinheiten ausgeweitet, die rasch Zugang zu den Leistungen des kantonalen Bezugssystems erhalten möchten. Viele Analysen der sektoriellen Datenqualität erfolgen auf Basis von Dashboards. So lässt sich im Laufe der Zeit verfolgen, wie sich die Datenqualität und die Erfüllung der geltenden Standards verbessern. Alle vorgesehenen Partner und beitragenden Parteien profitieren von dieser fachlichen Unterstützung, wobei die Anfragen von anderen Verwaltungseinheiten des Staates zunehmen, die sich immer stärker an der Pflege ihrer Registerdaten beteiligen.

Im Rahmen der Befugnisse des Ausschusses für die Qualität der Referenzdaten wurde die Zusammenarbeit und der Hinweis auf Best Practices bei der Analyse der Daten der Einwohnerkontrollen ausgeweitet, wobei viel Arbeit in die anwendbaren Qualitätsregeln investiert wurde, um eine Harmonisierung oder Standardisierung zu gewährleisten. Die Einbindung des Datenqualitätsverantwortlichen des kantonalen Bezugssystems in die Kontrolle und Überwachung der Prozesse sowie in die Unterstützung der Fachbereiche ist entscheidend. Er ist weiterhin stark an der Validierung der Spezifikationen und ihrer Implementierung in die Plattform beteiligt. Zu erwähnen ist auch, dass die Beauftragte des Handelsregisteramts ab Sommer in die unternehmensbezogenen Projekte involviert wurde, um bis Ende 2022 konkrete Realisierungen zu erreichen.

### 1.10.2 Amtliche Personendaten

Um die Erwartungen an die Standardisierung und die Erwartungen des Staatsrats im Rahmen der Umsetzung der digitalen Verwaltung zu erfüllen, haben andere Direktionen und Behörden die zentralen Governance-Aktivitäten deutlich unterstützt. Die Partnerschaft mit der EKSD und Fritic wird mit einer aktiven Beteiligung am Programm fortgesetzt. Unter der Federführung des BMA, des IAEZA und des kantonalen Zivilstandsamts wurden neue Verfahren im Zusammenhang mit den «amtlichen» Daten festgelegt. Die Gemeinden des Kantons arbeiten über ihre Vorsteher der Einwohnerkontrolle aktiv an der Bearbeitung ihrer Diskrepanzen zwischen den offiziellen UPI-Daten und den Daten in den Gemeinderegistern mit. Ab dem zweiten Quartal des Berichtsjahres wurde eine allgemeinere Kontrolle der bei den Verwaltungen erfassten Identifikationsdaten durchgeführt. Damit soll sichergestellt werden, dass die verarbeiteten Personendaten, insbesondere die im kantonalen Bezugssystem gespeicherten, mit den amtlichen Daten und denjenigen des Zivilstandsregisters und dem zentralen Migrationsinformationssystem übereinstimmen.

## 2 Amt für Gesetzgebung (GeGA)

---

Vorsteher: Luc Vollery

### 2.1 Tätigkeit

#### 2.1.1 Gesetzgeberische Arbeiten

Im Rahmen seiner Aufgaben zur Unterstützung der Entwicklung der Spezialgesetzgebung, hat das GeGA insbesondere:

- > mehr als dreissig Gesetzesentwürfe geprüft (manchmal gar zweifach, da die Praxis der Vorvernehmlassung in einigen Direktionen immer häufiger zur Anwendung gelangt) und seine Bemerkungen und Vorschläge der betreffenden Direktion mitgeteilt;

- > die betroffenen Direktionen bei der Vorbereitung ihrer Gesetzgebungsvorhaben im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie unterstützt;
- > an der Ausarbeitung von Erlassentwürfen in verschiedenen anderen Bereichen mitgearbeitet, entweder durch bilaterale Kontakte mit den Direktionen oder im Rahmen von Arbeitsgruppen, wobei es insbesondere Vorschläge für grosse Dossiers wie die Gesetzgebung über Ordnungsbussen, den Entwurf des Mobilitätsgesetzes, die Änderung der Gesetzgebung über die Ausübung der politischen Rechte, die Totalrevision des Sozialhilfegesetzes oder die Revision der Gesetzgebung über das öffentliche Beschaffungswesen verfasst hat;
- > die Personen in den Direktionen, die Gesetzesentwürfe verfassen oder in die Anwendung für die Gesetzgebung eingeben, unterstützt, ihnen mehrfach direkt bei ihrer Arbeit geholfen und mehreren von ihnen eine Grundausbildung zuteilwerden lassen;
- > die Überarbeitung des Benutzerhandbuchs der Anwendung LexWork und der gesetzestechnischen Richtlinien fortgesetzt, damit die Koordination zwischen diesen beiden Dokumenten sichergestellt wird;
- > den Direktionen und Ämtern regelmässig Auskünfte über Fragen der Gesetzgebungstechnik und der Gesetzgebungsmethodik (z. B. im Zusammenhang mit dem interkantonalen Recht) geliefert.

Das GeGA war ausserdem erneut im Bereich der Entwicklung der allgemeinen Gesetzgebung tätig. Insbesondere hat es:

- > die parlamentarische Kommission, die mit den Arbeiten zur Revision des Grossratsgesetzes vom 6. September 2006 beauftragt ist (die Arbeiten am Dossier begannen 2020 und laufen noch immer) unterstützt;
- > die Arbeit an der Fertigstellung des Entwurfs der Totalrevision des Gesetzes über den Datenschutz aufgenommen, für die es sowohl die Leitung der Arbeitsgruppe (in der Personen der ÖDSB, von den Direktionen, aus den Gemeinden und vom ITA vertreten sind) als auch die Funktion der Projektleitung (Vorbereitung von Vorschlägen zuhanden der Arbeitsgruppe) übernahm;
- > an den Sitzungen der Arbeitsgruppe teilgenommen, die von der FIND ins Leben gerufen wurde und zum Ziel hat, eine Reglementierung über die Informationssicherheit zu erstellen;
- > Vorschläge zur Änderung des Gesetzes über die Veröffentlichung von Erlassen ausgearbeitet, die insbesondere auf eine Vereinfachung und Verbesserung der Veröffentlichungsprozesse (Vorentwurf wurde Ende April in die Vernehmlassung gegeben) abzielen;
- > in demselben Bestreben, interne Prozesse zu vereinfachen und zu verbessern, eine Überprüfung der Reglemente über die Ausarbeitung und Veröffentlichung von Erlassen vorgenommen (Vorstudie).

Das GeGA führt eine laufend aktualisierte Aufstellung der Gesetzgebungsvorhaben der Legislaturperiode und stellt jedes Jahr für den Tätigkeitsbericht des Staatsrates und dessen Legislaturbilanz den Stand der Umsetzung der im Regierungsprogramm aufgeführten Rechtsetzungsvorhaben zusammen. Darüber hinaus ist es manchmal an der Übersetzung von Gesetzgebungsprojekten beteiligt und arbeitet in diesem Bereich mit den Übersetzerinnen und Übersetzern der Staatskanzlei und, wo erforderlich, der Direktionen zusammen.

### 2.1.2 Verbreitung der Gesetzgebung

Im Bereich der Verbreitung der Gesetzgebung schloss das GeGA in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei die Neuorganisation der Aufgaben im Zusammenhang mit der Kontrolle und Veröffentlichung der kantonalen Gesetzgebung ab. Diese Reorganisation, die vor dem Hintergrund der gleichzeitigen Pensionierung der beiden Verantwortlichen für diese Aufgaben erfolgte, führte zur Auflösung des «Sektors Amtliche Veröffentlichungen» der Staatskanzlei, zur Übertragung aller Angelegenheiten im Zusammenhang mit der ASF an das GeGA und zur Zusammenführung aller Aktivitäten im Bereich der Veröffentlichung der Gesetzgebung beim GeGA.

Diese wichtigen Änderungen gehen einher mit einer Überarbeitung der verschiedenen Prozesse zur Verwaltung und Veröffentlichung von Entwürfen und Erlassen sowie aller zusätzlichen Informationen, die für diese Veröffentlichung erforderlich sind (Inkrafttreten, Genehmigungen, Berichtigungen, terminologische Anpassungen, Modalitäten für die Veröffentlichung bestimmter besonderer Erlasse usw.). Diese Revision ist noch nicht abgeschlossen und erfordert einen grossen Einsatz der neuen Verantwortlichen für die Veröffentlichung der Gesetzgebung.

---

In demselben Bereich übt das GeGA auch die folgenden Tätigkeiten aus:

- > es nimmt jährlich zahlreiche Austausche mit dem Lieferanten der Anwendung LexWork Advanced zur Erlassverwaltung, aber auch mit den anderen Kantonen, die dieselben Anwendungen nutzen, wahr, um so die Aktualisierung und regelmässige Weiterentwicklung der Anwendung sicherstellen zu können;
- > es achtet auf die Implementierung neuer Funktionalitäten, die regelmässig für diese Anwendung entwickelt werden;
- > es aktualisiert laufend einen Leitfaden zur Verwaltung der BDLF und zur Veröffentlichung der Erlasse;
- > nachdem es bis Ende Juni bei der Verwaltung der ASF mit dem «Sektor Amtliche Veröffentlichungen» der Staatskanzlei zusammengearbeitet hat, übernimmt es nun die Hauptverantwortung für diese Aufgabe, die neben der eigentlichen Veröffentlichung der Erlasse verschiedene Tätigkeiten umfasst, so etwa: die formale Kontrolle (auf gesetzgeberischer und sprachlicher Ebene) von Erlassen; die Koordination mit dem Sekretariat des Grossen Rates, den Direktionen und dem «Sektor Übersetzung» der Staatskanzlei; die Vorbereitung der Erlasse für die Übermittlung an die Medien; die Überwachung der Referendumsfristen und die Promulgierung von Gesetzen und Dekreten; oder auch die Veröffentlichung von Zusatzinformationen zu den Erlassen;
- > es sorgt auch dafür, dass die SGF laufend aktualisiert wird;
- > es gibt regelmässig Auskunft über die freiburgische Gesetzgebung, über deren Chronologie und die vorbereitenden Arbeiten sowie darüber, wie man im Internet gezielt in der Gesetzgebung recherchiert.

### 2.1.3 Juristische Beratung und wissenschaftliche Aktivitäten

Im Rahmen seiner juristischen Informations-, Beratungs- und Forschungstätigkeiten hat das GeGA folgende Tätigkeiten wahrgenommen:

- > Es hat ausführliche Rechtsgutachten sowie zahlreiche weitere Gutachten, Berichte und Rechtsauskünfte für die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission, das Sekretariat des Grossen Rates, den Staatsrat und die kantonale Verwaltung in sehr unterschiedlichen Bereichen erstellt, mit besonderen Schwerpunkten in den Bereichen Haushaltsgleichgewicht, Finanzreferendum, politische Rechte, Sprache der Agglomeration, Recht auf Zugang zu Dokumenten und Beziehungen zwischen Datenschutz und digitaler Verwaltung.
- > Es hat Gespräche mit dem ITA, dem E-Government-Sekretariat und dem Verantwortlichen für die Governance der Referenzdaten bei der Staatskanzlei über die zahlreichen organisatorischen und rechtlichen Fragen fortgesetzt, die sich aus den Projekten im Zusammenhang mit der Digitalisierung und der digitalen Verwaltung ergeben, insbesondere was die Einrichtung des kantonalen Bezugssystems für Personendaten, Organisationen und Nomenklaturen betrifft.
- > Es ist in mehreren Gremien vertreten, die sich mit Fragen der digitalen Verwaltung befassen (E-Government-Kommission, interkantonale Arbeitsgruppe der E-Government-Juristen, Arbeitsgruppe zur Prüfung der rechtlichen Fragen, die sich aus dem kantonalen Bezugssystem ergeben), und hatte Gelegenheit, vor der Schweizerischen Informatikkonferenz die gesetzgeberische Politik und Technik des Kantons Freiburg bei der Entwicklung von E-Government zu erläutern;
- > Es ist auch im Forum für Rechtssetzung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vertreten.
- > Es hat an der Ausarbeitung eines Antwortentwurfs auf einen parlamentarischen Vorstoss und an der Vorbereitung eines Erlassentwurfs über die Ersetzung von Personen, die den FGV bis zum Ende der laufenden Amtsperiode in staatlichen Kommissionen und Arbeitsgruppen vertreten, mitgewirkt.
- > Es hat für die Staatskanzlei und die Direktionen verschiedene rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Coronavirus-Epidemie geprüft.
- > Es hat mit der Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung (FZR) zusammengearbeitet, in deren Vorstand es vertreten ist, und die sie bei der Publikation der verschiedenen Nummern und dem Jahressinhaltsverzeichnis unterstützt.

Darüber hinaus haben zwei Mitarbeiter des GeGA Beiträge im Zusammenhang mit Fragen, die innerhalb des GeGA diskutiert wurden, publiziert. Es handelt sich dabei um die folgenden Artikel:

- > Lucien Hürlimann, La jurisprudence en matière de contestation des décisions collectives et l'arrêt du Tribunal cantonal du 7 décembre 2020, FZR 2020 S. 267 ff.);

- 
- > Michael Montavon, Sécurité des dossiers médicaux informatisés des patients de l'hôpital fribourgeois – Commentaire de l'arrêt du Tribunal cantonal du 9 juin 2021, FZR 2021 S. 31 ff.

Michael Montavon erwarb ausserdem den Titel eines Doktors der Rechtswissenschaften mit einer Dissertation, die zu einem guten Teil auf den Erfahrungen und Forschungen im Bereich E-Government in der Kantonsverwaltung basiert:

- > Cyberadministration et protection des données – Étude théorique et pratique de la transition numérique en Suisse du point de vue de l'État, des citoyens et des autorités de contrôle, Freiburg 2021.

Er hatte im Rahmen des Masterlehrgangs «Droit de l'organisation de l'Etat» von Professor Adriano Previtali (Universität Freiburg) auch die Gelegenheit, Unterricht zu diesem Thema zu erteilen.

## 2.2 Besondere Ereignisse

Das GeGA instruierte die verschiedenen Beschwerden an den Staatsrat, die gegen die beiden eidgenössischen Volksabstimmungen über das Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) eingereicht wurden.

Auf Verwaltungsebene hat das GeGA:

- > 0,6 zusätzliche VZÄ zugewiesen erhalten, um die Verwaltung der ASF gewährleisten zu können (Transfer des Sektors «Amtliche Veröffentlichungen» von der Staatskanzlei zum GeGA);
- > nach der Pensionierung der Stelleninhaberinnen zwei neue BDLF-Beauftragte eingestellt, die alle Aufgaben im Zusammenhang mit der Verbreitung von Erlassen gemeinsam ausüben sollen, um deren ordnungsgemässe Durchführung jederzeit gewährleisten zu können;
- > die Arbeiten an der Neuorganisation seiner Bibliothek fortgesetzt: Übernahme des Katalogisierungssystems der Kantons- und Universitätsbibliothek und Bereinigung eines Teils der Werke;
- > im Laufe des Jahres erhebliche Personalabwesenheiten zu verzeichnen gehabt, welche die temporäre Einstellung eines Juristen mit Teilpensum für mehrere Monate erforderlich machten.

Die Coronavirus-Pandemie hatte erneut einen gewissen Einfluss auf die Tätigkeiten des GeGA. Es gab Dossiers, die speziell diesem Thema gewidmet waren. Dazu kam die Notwendigkeit, in relativ grossem Umfang das Homeoffice zu organisieren, aber auch die Einschränkung bestimmter Aktivitäten zu managen, insbesondere die Teilnahme an interkantonalen Schulungen oder Konferenzen.

## 3 Amt für Drucksachen und Material (DMA)

---

Vorsteher: Gilbert Fasel

### 3.1 Tätigkeit

Das DMA ist verantwortlich für die Versorgung aller Dienststellen des Staates mit Verbrauchsmaterial, administrativem und technischem Büromaterial, Büroapparaten und Drucksachen. Es ist beauftragt, mit den eigenen Infrastrukturen Druckvorbereitungs-, Druck-, Binde- und Digitalisierungsarbeiten auszuführen. Das Amt bietet seine Beschaffungs-, Logistik- und Verwaltungsdienstleistungen für Drucksachen auch den Einrichtungen an, die vom Staat subventioniert werden.

### 3.2 Sektor Einkauf

Der globale Umsatz des Amtes hat 4 421 413 Franken erreicht, was einer Zunahme um 8 % im Vergleich zum Jahr 2020 entspricht. Die Anzahl bearbeiteter Bestellungen ging zurück (4,93 %) und erreichte 1330 Einheiten. Die verbuchten Rechnungen beliefen sich auf 2204 Stück, was einer Schrumpfung um 13 % entspricht. Diese Werte betreffen die Gesamtheit der Büroausstattungen (ohne Mobiliar), die Druckaufträge, das Stimmmaterial und die Beträge für den Unterhalt von Einrichtung und Geräten. Dieser Umsatzanstieg deutet, nach den Unsicherheiten zu

---

Beginn der Pandemie, auf die Rückkehr zu einer gewissen Normalität hin. Der Nachholeffekt beläuft sich auf über vierhunderttausend Franken. Die Schwankungen der Kennzahlen «Bestellungen und Rechnungen» hängen hauptsächlich von den Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden ab.

Das Projekt «Optimierung des Druckerparks in Schulen der Sekundarstufe 2» startete im Januar, nachdem es im Dezember 2020 im ABI veröffentlicht worden war. Es ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen ITA und DMA, nach dem gleichen Modus, der auch für den Austausch der Drucker in der (Kern-)Verwaltung verwendet wurde. Der erfolgreiche Anbieter ist ein KMU vor Ort und die Software ist von derselben Marke wie diejenige, die im Perimeter der (Kern-)Verwaltung verwendet wird. Die Detailplanung wurde im Februar abgeschlossen und die ersten Schulen wurden während der Osterferien beliefert. In der zweiten Jahreshälfte wurden die Deployments aufgrund von Lieferproblemen verlangsamt. In der Tat wirken sich Störungen der weltweiten Lieferketten und Lieferengpässe bei Halbleitern auf die Lieferzeiten für die Geräte aus. Bei Bestellungen, die nach den Sommerferien abgeschlossen wurden, dauert es mindestens sechs Monate, bis die Bauteile für den Zusammenbau der Maschinen eingetroffen waren. Das Projekt wird die Kosten senken, den Datenschutz für die Benutzerinnen und Benutzer erhöhen und die CO<sub>2</sub>-Bilanz verbessern.

Das Amt nahm an den verschiedenen Sitzungen der Kommission teil, die für die Harmonisierung der IT-Ausstattung für die Einrichtungen der Sekundarstufe 2 zuständig ist. Diese wird vom Kompetenzzentrum Fritic geleitet und besteht aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern der Sekundarstufe 2; die weiteren Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsgruppen stammen aus der KLV, dem ITA und dem HBA. Der Gegenstand des ursprünglichen Rahmenvertrags war der Erwerb von Sony-Bildschirmen und Epson-Projektoren für die Schulen und deren Verwaltung. Die in der ursprünglichen öffentlichen Ausschreibung ausgehandelten Beschaffungsleistungen wurden durch die Einführung zusätzlicher Produkte (2 Kameramodelle), Wartungsleistungen und die Möglichkeit, Leihgeräte zu erhalten, erweitert. Für Schulen, die diese neuen Möglichkeiten nutzen möchten, steht ein Nachtrag zur Verfügung. Der Umsatz aus diesem Rahmenvertrag beläuft sich auf etwa fünfhunderttausend Franken.

Die Märkte für Papier und Kuverts für die Verwaltung und die Urnengänge blieben unverändert. Die Rahmenverträge haben eine Laufzeit von vier Jahren. In diesem Zeitraum waren keine Anpassungen erforderlich. Die Qualität des Papiers ist gleichgeblieben. Der Staat will mit gutem Beispiel vorangehen und kauft weiterhin Refutura für alle seine Veröffentlichungen. Dies ist ein weisses Papier, das zu 100 % aus Recyclingmaterial besteht, mit dem Blauen Engel ausgezeichnet ist und das kein Chlor und optische Aufheller enthält. Er wird im österreichischen Teil des Tirols hergestellt. Der Jahresverbrauch für die gesamte Verwaltung, die Sekundarstufe 2 und die Einrichtungen der Fachhochschule belief sich auf 394 Paletten, was einem Anstieg von 1,5 % entspricht (388 Paletten im Jahr 2020).

Der Amtsvorsteher arbeitete auch in den verschiedenen Steuerungsausschüssen «Nachhaltige Entwicklung und Klima» mit. Ausserdem war er an der Lancierung des Projekts zur Überarbeitung des kantonalen Abfallplans beteiligt.

Das Amt übernimmt die Verantwortung für einen Drucktechnikerlehrling. Er wird seine Ausbildung 2022 abschliessen.

### **3.3 Intern ausgeführte Druckerarbeiten und weiter vergebene Aufträge**

Das Volumen der intern erstellten Drucke entsprach in etwa demjenigen vor der Pandemie. Die Zahl der Kopien überschritt die Fünf-Millionen-Marke und erreichte 5 221 940. Das entspricht einem Anstieg von 19,20 % im Vergleich zu 2020. Diese Zahl entspricht 1049 Bestellungen. Der Umsatz des Sektors entspricht einem Rechnungsbetrag von 621 610 Franken (529 000 Franken im Jahr 2020). Diese Zahlen erklären sich zum einen durch einen Nachholeffekt, zum anderen durch die zahlreichen Produktionen, die für die Impf- und Contact-Tracing-Zentren durchgeführt wurden. Darüber hinaus konnte die Druckerei mit einigen neuen Publikationen aufwarten: das Personalbulletin der Kantonspolizei und eine Reihe von Lehrbüchern für die KLV.

Das Jahr war geprägt von der Erstellung verschiedener Publikationen: Tätigkeitsberichte, Voranschlagsentwurf, Voranschlag, Rechnung, statistisches Jahrbuch, Informationsbulletins des Konservatoriums und der Kantonspolizei oder auch das umfangreiche Magazin ARZA der École de Couture, das als Ersatz für die traditionelle, aus gesundheitlichen Gründen abgesagte Modeschau gedacht war. Die Aktivitätsspitzen sind gleichgeblieben: die

---

Anfertigung von Lehrmittel für das katholische Amt Katechese und Katechumenat zu Beginn des Jahres, Lehrbücher für den Unterricht in der akademischen und beruflichen Sekundarstufe 2 während der Sommermonate. Auch die kantonalen Wahlen erforderten zusätzliche Arbeit. Insbesondere die Konkretisierung mehrerer Ausschreibungen; Mandate, die Druckereien im Kanton zugeteilt wurden. Das Spital sowie einige kantonale Einrichtungen (KGV, tpf, KSVA, KLV, PKSPF) nahmen die Dienste der internen Druckerei in Anspruch.

Die Arbeit in der Druckvorstufe blieb stabil. Man unterscheidet zwischen Realisierungen, die eine oder wenige Seiten umfassen, z. B. Karten oder Einladungen, und umfangreicheren Realisierungen, die externe Ressourcen erfordern. Dies war bei der Erstellung der Legislaturbilanz der Fall, wo in Zusammenarbeit mit dem Büro für Information und einer Agentur für externe Kommunikation umfangreiche Recherchen, Fotobearbeitungen und Retuschen von Piktogrammen durchgeführt wurden. Der Sektor wurde auch um grafische Beratung, Fragen zum Corporate Design oder um die Bereitstellung von Vorlagen oder Logos gebeten.

### **3.4 Binde- und Digitalisierungsarbeiten**

Die wichtigsten Arbeiten, die im Sektor durchgeführt wurden, sind:

- > die Restaurierung von dreizehn Registern für das Grundbuch des Saanebezirks;
- > die Zusammenstellung von 44 Zeitungen für das Staatsarchiv;
- > die Anfertigung einer Reihe von Schutzkästen für die Protokolle des Gemeinderats der Stadt Freiburg;
- > die Bindung von 106 Minuten für die kantonalen Notariate;
- > die Herstellung von 425 Standardeinbänden für die verschiedenen Verwaltungsabteilungen sowie von 154 Standardschubern und 10 Reparaturen von Bänden für die wichtigsten Kantonsbibliotheken.

Was die Digitalisierungsaktivitäten im Auftrag der verschiedenen Grundbuchämter betrifft, so arbeitete der Sektor hauptsächlich für die Grundbuchämter des Greyerz- und des Sensebezirks. Insgesamt wurden 35 585 Aufnahmen gemacht, was der Verwaltung von 9460 Dateien entspricht. Das bedeutet im Vergleich mit dem Jahr 2020 eine Abnahme um 3,15 %.

### **3.5 Bereitstellung von Büromaterial und Logistik**

Der Sektor beschäftigt 1,5 VZÄ. Er ist verantwortlich für die Anschaffungen und die Verteilung des Büromaterials für alle Ämter des Kantons.

Seit Beginn der Pandemie ist der Sektor auch für die Verteilung der persönlichen Schutzausrüstung zuständig. Besonders stark war die Nachfrage beim Wiederanstiegen der Pandemie im Januar. Im gesamten Jahr wurden über 1,3 Millionen Masken und 26 000 Liter desinfizierende hydroalkoholische Lösung an Behörden und Schulen geliefert. Das Amt nutzte die Lagerräumung der Armeepothek, um kostenlos zwei IBC-Container mit je tausend Litern Inhalt zu erwerben. Diese wurden mit Hilfe des Zivilschutzes in 10-Liter-Behälter umgefüllt. Der Vorrat an desinfizierender hydroalkoholischer Lösung, der zu Beginn der Pandemie von der Pharmagruppe UCB hergestellt wurde, wird nun aufgebraucht. Im Dezember wurde eine Bestellung von dreitausend Litern aufgegeben, um den Bedarf bei einem Wiederaufflammen der Pandemie decken zu können.

Die Anpassung des Artikelsortiments des DMA ging weiter. Im Juli übernahm der Sektor den Vertrieb von Computierzubehör und kleiner Hardware; eine Arbeit, die bis anhin vom ITA geleistet wurde. Diese beiden neuen Produktgruppen erweitern das Angebot der bestehenden Lieferungen. Kurzfristig besteht die Idee darin, dass diese neuen Produkte (Kopfhörer, Tastaturen, Mäuse, Basisstationen vom Typ HP, Adapter, Kabel usw.) den künftigen und unvermeidlichen Rückgang der Nachfrage an Ordner- und Schreibmaterial ausgleichen soll, der durch die Entwicklung der Arbeitstechniken verursacht wird. Anzumerken ist, dass diese Ausweitung der Leistungen bislang ohne zusätzliche Ressourcen erfolgen konnte. Durch die Verlagerung des Lagerbestands waren für einen Grossteil des Jahres ausreichend Produkte vorhanden. Die ersten Nachbestellungen wurden im Herbst getätigt. Das Konzept besteht darin, den DMA-Vertriebskanal zu stärken, anstatt dass jede oder jeder über eine eigene Lieferinfrastruktur verfügt. Bei den Lieferungen wurde der Sektor von Handwerkern aus dem Buchbinderei- und Druckereibereich unterstützt.

Während des Berichtszeitraums wurden von unseren Logistikern 2845 Bestellungen über den Shop DMA-Intranet bearbeitet. Im Vergleich zum Vorjahr 2020 beträgt der Anstieg 16 %. Dies entspricht einem Betrag von 988 320 Franken. Die jährliche Inventur der Produkte fand im Dezember statt. Zu diesem Zeitpunkt betrug der Wert des Vorratslagers 317 244 Franken, d. h. 41 157 Franken mehr als im Jahr 2020 (ohne den Vorrat an Schutzmaterial). Dieser Anstieg ist auf die Übernahme des Lagerbestands an Computerzubehör des ITA zurückzuführen. In diesem Jahr hat das Logistikteam keine Lernenden eingestellt; diese Möglichkeit besteht jedoch künftig weiterhin. Die Gesamtheit der im Berichtsjahr zurückgelegten Lieferstrecken im gesamten Kantonsgebiet belief sich auf über 12 000 Kilometer.

### 3.6 Kennzahlen 2020

	2021	2020	Unterschied
Zahl der Bestellungen SAP-MM	1 330	1 399	- 69
Zahl der Rechnungen von Lieferanten	2 204	2 535	- 331
Betrag der Aufträge, die extern an Unternehmen vergeben wurden (Druck, Lieferungen, Ausrüstungen)	4 421 413 Franken	4 094 071	+ 327 342
Gelagerte, beschaffte und verteilte Produkte	656 Artikel	632	+ 24
<u>Interne Produktion</u>			
	2021	2020	Unterschied
Digitaldruck (Format A4 und A3)	5 221 940 Seiten	4 381 009	+ 840 931
Bindearbeiten	425 Exemplare	410	+ 15
Im DMA gescannte Dokumente	35 585 Stück	36 743	- 1 158

## 4 Staatsarchiv Freiburg (StAF)

Staatsarchivar: Alexandre Dafflon

### 4.1 Organisation und gesetzliche Grundlagen

Ende 2021 verfügt das StAF über einen Personalbestand von 7,4 VZÄ. Am 1. Februar 2021 ist der neue stellvertretende Staatsarchivar gekommen. Am 1. August 2021 wurde der mit Digitalisierungsarbeiten betraute Mitarbeiter des Amtes für Drucksachen und Material (DMA) direkt in das Team des StAF integriert. Letzteres konnte von den Beiträgen zahlreicher Unterstützungskräfte profitieren (Lehrlinge, Praktikantinnen und Praktikanten, Zivildienstleistende, junge Arbeitssuchende, Begünstigte von Programmen zur beruflichen Wiedereingliederung). Im Übrigen profitiert das StAF auch von der Arbeitskraft eines wissenschaftlichen Mitarbeiters (zu 100 %), der vom Amt für Justiz (AJ) angestellt wurde und Archivierungsarbeiten für die Gerichtsbehörden ausführt, und von einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin (zu 60 %), die von der Kantonspolizei angestellt wurde. Ein Zivildienstleistender wurde der Staatskanzlei zur Verfügung gestellt, um eine Archivübergabe vorzubereiten (40 Arbeitstage). Ab Mitte Oktober 2021 wurde die Dokumentalistin des StAF der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) zur Verfügung gestellt, um die Archivierung der Dossiers der Staatsrätin sicherzustellen.

Die Umsetzung der Gesetzgebung zur Archivierung wurde 2021 fortgesetzt, wobei der Schwerpunkt auf der Einführung von Registratur- und Verwaltungsplänen in den verschiedenen Sektoren der Staatskanzlei lag. Diese Arbeiten wurden vom stellvertretenden Staatsarchivar und der Dokumentalistin übernommen. Das Projekt der Archivierungsrichtlinien und eines Leitfadens für die Amtsstellen wurde vom neuen stellvertretenden Staatsarchivar übernommen.

---

## 4.2 Gebäude und Ausrüstung

Das neue provisorische Lager an der Zeughausstrasse 19 nahm zahlreiche Einlieferungen auf, und es wurden Bestände vom Hauptsitz an der Zeughausstrasse 17 dorthin verlagert, um die Lagerung der alten Bestände zu verbessern. Diese wurden in das Untergeschoss des StAF-Hauptsitzes verlegt, was eine erhebliche Verbesserung ihrer Sicherheit und Aufbewahrungsbedingungen darstellt. Das neue Zwischenlager, das bereits zu 60 % gefüllt ist, kann jedoch nicht dauerhaft genutzt werden, da der Eigentümer seine Immobilienpläne im Quartier öffentlich gemacht hat und das Gebäude Zeughausstrasse 19 in den nächsten Jahren abgerissen werden soll. Dasselbe gilt für das StAF-Depot im ehemaligen kantonalen Zeughaus (Zeughausstrasse 16), das 2025 abgerissen werden soll. Diese Tatsachen machen es umso notwendiger, das Projekt Interinstitutionelles kantonales Lager für Kulturgüter (SIC) zu realisieren, das auf einem Grundstück des Staats in Givisiez entstehen soll. Bis zur Bereitstellung des SIC muss vom Hochbauamt (HBA) eine Übergangslösung gefunden werden.

Im Hinblick auf das SIC erstellte das StAF eine Liste der Bestände an Kulturgütern, die vorrangig in einem im Projekt vorgesehenen Kulturgüterschutzraum gelagert werden sollten. Die Bedürfnisse des StAF in diesem Bereich erfordern ein grosses Lager für besonderen Schutz von 310 m<sup>2</sup>.

## 4.3 Tätigkeit und Dienstleistungen

### 4.3.1 Informatik und neue Technologien

Das Projekt *scopeXplore* wurde im Jahr 2021 gestartet. Es soll ein Modul implementiert werden, mit dem grosse Mengen digitaler Bilder online gestellt und von der Öffentlichkeit eingesehen werden können. Das StAF ist in ein Pilotprojekt für den Anbieter eingestiegen, was zu Verzögerungen bei der Inbetriebnahme des Tools führte. Diese Verzögerungen wurden genutzt, um die Retrodigitalisierung ganzer Bestände zu intensivieren, wodurch das Volumen der in *scopeXplore* eingefügten Bilder erhöht werden kann.

Die Digitalisierungsarbeiten wurden daher mit dem Scannen mehrerer wichtiger Serien fortgesetzt: die Bände des Zivilstandsamts (3700 Bände, 1876-2003), die *Amtliche Sammlung der Gesetze des Kantons Freiburg* (340 Bände, 1803-2001) und die Pläne des kantonalen Katasters. Die Digitalisierungsarbeiten im Jahr 2021 umfassen das Scanning von mehr als 70 000 Bildern. Das StAF lieferte zusätzlich 83 266 bestellte Scans an Archivbenutzerinnen und -benutzer und staatliche Stellen. Ende 2021 sind auf den elektronischen Arbeitsstationen im Lesesaal 278 000 digitale Dokumente einsehbar.

Das Novarc-Projekt zur digitalen Langzeitarchivierung wurde fortgesetzt. Die Konzeptphase der Austauschplattform wurde etwas verlängert, und zwar aufgrund zweier Ziele: die funktionale Abdeckung zur Unterstützung der Verwaltungseinheiten zu verbessern und die Prozesse autonomer zu gestalten, um eine Überlastung des StAF zu vermeiden. Es wurde beschlossen, die Plattform für digitale Archivierung auf den Namen *FriArc* zu taufen. Sie soll im Laufe des Jahres 2022 in Produktion gehen.

Im Bereich digitale Verwaltung hat das StAF die Möglichkeit integriert, über den virtuellen Schalter des Staates Freiburg Familienwappen zu bestellen. Diese Initiative ist Teil der IT-Strategie des StAF, die das Ziel verfolgt, seine Leistungen für die Öffentlichkeit in Form von Onlineservices anzubieten.

### 4.3.2 Beziehungen zu archivbildenden Stellen

39 (33 im Jahr 2020) Verwaltungseinheiten wurden besucht, das ergab 121 (85 im Jahr 2020) Besuche und Arbeitssitzungen. Die 2019 begonnene allgemeine Bestandsaufnahme der Archivierung wurde durch gesundheitliche Sicherheitsmassnahmen gestoppt, und die Arbeit konzentrierte sich hauptsächlich auf die Staatskanzlei und die Gerichtsbehörden. 31 (44 im 2020) andere öffentliche Gemeinwesen liessen sich vom StAF beraten, was insgesamt 42 (52 im Jahr 2020) Sitzungen und Besuchen entspricht. Besonders intensiv waren die Beziehungen zum Exekutivrat der Kantonalen Kirchlichen Körperschaft (Verfassen einer Richtlinie über Pfarreiarchive).

Das StAF leitete 380 Dossiers (325 im Jahr 2020) weiter, hauptsächlich an die Gerichtsbehörden (154), das Bau- und Raumplanungsamt (BRPA) (104) und das Amt für Bevölkerung und Migration (BMA) (122).

### 4.3.3 Zunahme der Archivbestände und bei der Bibliothek

Die Bestände des StAF wuchsen um 561 Lm, davon stammten 373 Lm von Dienststellen des Staates und 188 Lm stammen von öffentlichen Gemeinwesen und Privatpersonen. Das Gesamtvolumen der Bestände belief sich am Ende des Jahres 2021 auf 17 407 Lm. Die Bibliothek des StAF wurde um 272 (330 im Jahr 2020) neue Titel erweitert, die von der Kantons- und Universitätsbibliothek (KUB) auf der SLSP-Plattform der universitären und wissenschaftlichen Bibliotheken der Schweiz katalogisiert wurden.

Zunahme der Bestände, die im StAF aufbewahrt werden, in Laufmetern:

<b>Herkunft</b>	<b>2021</b>	<b>2020</b>	<b>2019</b>
Staat Freiburg	373	204	116,1
Andere öffentliche Gemeinwesen und Privatpersonen	188	70,5	33,9
<b>Total</b>	<b>561</b>	<b>274,5</b>	<b>149</b>

### 4.3.4 Klassifizierungs- und Inventarisierungsarbeiten

Das StAF hat die Inventare von 26 Archivbeständen und Ablieferungen (24 im Jahr 2020) vollständig erstellt und in die Datenbank integriert. Besonders erwähnenswert ist der umfangreiche Bestand der Direktion des Inneren (1804-1898). Weitere Bestände befinden sich in Bearbeitung: Kulturdirektion, Hochbauamt, Kantonspolizei, Instanzen der Gerichtsbehörden, Anstalten von Bellechasse, Professorinnen und Professoren der Universität sowie die alten Bestände des Augustinerklosters, der Abtei Altenryf, der Vogtei Greyerz und der Familie Praroman.

### 4.3.5 Konservierungs- und Restaurierungsmassnahmen

Professionellen Restauratorinnen und Restauratoren wurden folgende Dokumente anvertraut: 28 Pergamente und Papierdokumente des Bestands der Augustiner, 8 Dokumente des Familienbestands Praroman, ein Pergament aus dem Bestand Payerne, ein Pergament des Bestands Alte Landschaft und ein Dossier und 4 Pläne aus dem Bestand des Tiefbauamts.

### 4.3.6 Dienstleistungen und Kommunikation

6021 (6005 im Jahr 2020) Dokumente und Dossiers wurden von 344 (366 im Jahr 2020) Benutzerinnen und Benutzern konsultiert, was 1194 (1695 im Jahr 2020) Tagessätzen entspricht. Im Gegensatz zum Jahr 2020 schloss das StAF wegen der Pandemie seine Türen nicht, musste aber die Anzahl der gleichzeitig in den Lesesälen anwesenden Leserinnen und Leser um die Hälfte begrenzen. Die Aufrechterhaltung der Öffnungszeiten unter strikter Einhaltung der Gesundheitsschutzmassnahmen wurde von den Kundinnen und Kunden des StAF geschätzt. Dadurch wurden die laufenden Forschungen, insbesondere diejenigen der Studierenden und der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, nicht beeinträchtigt. Das StAF gab 171 (108 im Jahr 2020) Skizzen von Familienwappen an Einzelpersonen heraus.

Die Forschung zugunsten von Personen, die Opfer von Zwangsmassnahmen wurden, wurde 2021 fortgesetzt: 22 neue Anträge wurden registriert, 63 Antworten verschickt und 33 Dossiers bleiben Ende 2021 noch offen. Das StAF hat 15 (14 im Jahr 2020) Führungen für 229 (217 im Jahr 2020) Personen durchgeführt. Die Besuche wurden so organisiert, dass die geltenden Gesundheitsstandards eingehalten wurden. Im Jahr 2021 hat das StAF mit der Kommunikation in sozialen Netzwerken (Facebook, Instagram) begonnen. Insgesamt wurden so 23 Nachrichten verbreitet, die mit aktuellen oder historischen Themen aus Freiburg in Verbindung standen.

### 4.3.7 Wissenschaftliche Arbeiten und kulturelle Aktivitäten

Das StAF lieh dem Gutenberg-Museum in Freiburg Dokumente für die Ausstellung «Freiburgerinnen treten aus dem Schatten!», die der Geschichte der Frauen in Freiburg gewidmet ist, von Schülerinnen und Schülern der 10H realisiert wurde und vom 2. Juli bis zum 19. September 2021 dauerte. Das StAF lieh der Abegg-Stiftung in Riggisberg (BE) auch eine Lederbörse mit den Wappen des Papstes und des Kaisers (StAF, Archivsäcklein, 15) zur Restaurierung und 3 Pergamente aus der Abtei Altenryf zur Analyse.

---

Das Projekt zur Herausgabe von Dokumenten zu den Freiburger Hexenprozessen (15.-18. Jahrhundert) ist in die letzte Redaktionsphase eingetreten. Die Veröffentlichung in der Sammlung «Schweizer Rechtsquellen» ist für das Frühjahr 2022 geplant. Dieses Projekt wurde mehrfach in den Medien und der Presse präsentiert. Das nächste Projekt, das den Büchern der Eide gewidmet ist, ist bereits organisiert und finanziert.

Im Dezember 2021 erschien das Sammelwerk *La fabrique de mémoire. Histoire des Archives de l'Etat de Fribourg* (Neuenburg: éditions Alphil, 2021, 351 Seiten). Es ist der Höhepunkt eines Abenteuers, das vor zehn Jahren begann. Das reich illustrierte Buch schildert die siebenhundertjährige Geschichte des heutigen Staatsarchivs.

Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter Universität hielt zwei Semesterkurse ab, einen an der Universität Lausanne, den anderen an der Universität Freiburg. Das StAF arbeitet eng mit den anderen staatlichen Denkmalschutzbehörden zusammen, insbesondere innerhalb der Gruppe Kulturerbe, die 2021 drei Mal zusammenkam. In dieser Gruppe entstand ein gemeinsames Projekt zur Digitalisierung der von den verschiedenen Ämtern und Institutionen aufbewahrten Dokumentationsbeständen. Das Projekt «Digifonds» (digitale Bestände) soll sich in den nächsten Jahren weiterentwickeln. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des StAF arbeiten ebenfalls Hand in Hand mit den Museen und Bibliotheken des Kantons sowie den wissenschaftlichen und kulturellen Vereinen zusammen.

## 5 Kantonale Behörde für Öffentlichkeit, Datenschutz und Mediation (ÖDSMB)

---

Präsident der Kommission: Laurent Schneuwly

Beauftragte für Öffentlichkeit und Transparenz: Martine Stoffel

Kantonale Datenschutzbeauftragte: Florence Henguely

Kantonale Mediatorin: Annette Zunzer Raemy

### 5.1 Tätigkeit

Die Tätigkeit der Behörde umfasst die für die Transparenz, den Datenschutz und neuerdings für die Mediation für Verwaltungsangelegenheiten typischen Aufgaben. Diese werden im Gesetz vom 9. September 2009 über die Information und den Zugang zu Dokumenten (InfoG), im Gesetz vom 25. November 1994 über den Datenschutz (DSchG) und im Gesetz vom 25. Juni 2015 über die Mediation für Verwaltungsangelegenheiten (MedG) geregelt. Obwohl die Mediation erst seit dem 1. Januar 2022 administrativ in die Behörde integriert ist, enthält der Tätigkeitsbericht 2021 der Behörde bereits den Teil zur Mediation in Verwaltungsangelegenheiten, da er zusammen mit dem Bericht der Öffentlichkeit und Transparenz und des Datenschutzes an den Grossen Rat gerichtet ist und die jährliche Medienkonferenz gemeinsam abgehalten wird.

Der Tätigkeitsbericht der Behörde wird im Mai herausgegeben. Er kann zum selben Zeitpunkt auf der Website [Tätigkeitsberichte | Staat Freiburg abgerufen werden](#).

## 6 Personalbestand

Gewalten – Direktionen Kostenstellen	Rechnung 2021 VZÄ	Rechnung 2020 VZÄ	Abwei- chungen VZÄ
<b>Ausführende Gewalt – Staatskanzlei</b>	<b>57,25</b>	<b>55,90</b>	<b>1,35</b>
Zentrale Verwaltung	57,25	55,90	1,35
3100/CETA Staatsrat	7,00	7,00	
3105/CHAN Staatskanzlei	24,42	22,94	1,48
3110/ECON Amt für Drucksachen und Material	9,93	10,52	-0,59
3115/OLEG Amt für Gesetzgebung	6,03	5,82	0,21
3118/AREF Staatsarchiv	6,95	6,94	0,01
3120/ATPD Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz	2,92	2,68	0,24